

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 4.30 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inhaltsstoffe des achtseitigen „Tombac“-Zigaretten oder deren Raum 1,20 M., Doctanzigaretten des achtseitigen „Wort“ 50 Stk., oder deren Raum 25 Stk., Erzeugnisvermerk 70 Gros. Bei Familien- u. Veranlassungsangelegenheiten der Beilage ist. Inverehr für den darauffolgenden Tag müssen (spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition) aufgegeben sein.

Verlags-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verrat der Rechtssozialisten.

Der Generalstreik abgelehnt.

Arbeiter und Angestellte!

Die berechtigten Hoffnungen der kämpfenden Metallarbeiter auf Verhinderung des Generalstreiks sind durch die Berliner Gewerkschaftskommission zunichte gemacht worden. Die Gewerkschaftskommission hat es abgelehnt zum allgemeinen Generalstreik aufzurufen.

Das verräterische Treiben der Rechtssozialisten hat bis in die Reihen der Gewerkschaftskommission hinein seine Wirkung getan. Vertreter der für das Gelingen der Aktion entscheidenden Verufe stimmten gegen die Beteiligung am Generalstreik.

Wie sie nunmehr den Kampf um die bisherigen Arbeiterrechte in den Betrieben führen wollen, das bleibt der Verantwortung der Mehrheit der Gewerkschaftskommission und ihren politischen Drahtziehern überlassen. Die zum Aktionsentscheid gehörigen Vertreter der Hünzler-Kommission, des Metallartells, der U. S. R. und des Vollzugsrates sind in ihrem knabenhaften Willen zur Tat durch den Beschluß der Gewerkschaftskommission gelähmt. Bei einer solchen Massenbewegung, wie es dieser Generalstreik bedeuten sollte, wäre ein gesplittertes Eingehen des Streiks unzureichend gewesen. Die Bewegung war damit von vornherein zum Scheitern verurteilt. Jergendein Ergebnis dieses Riesenkampfes war danach nicht zu erwarten.

Wegen der von den Rechtssozialisten und den Gewerkschaften herausgegebenen Gegenparole mußten die für das Gelingen des Generalstreiks schon getroffenen Vorbereitungen rückgängig gemacht werden.

Der Kampf der Metallarbeiter geht unverändert weiter. Eine Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes wird zu der neuen Lage Stellung nehmen.

An die Arbeiter und Angestellten der übrigen Industriegruppen ergeht nun der dringendste Aufruf, den heroischen Kampf, den die Metallarbeiter jetzt allein für alle

anderen um die Grundrechte der Arbeiterschaft fortsetzen müssen, mit den reichlichsten Geldmitteln zu unterstützen! Habt Ihr jetzt nicht die Opfer eines Generalstreikes zu tragen, so erwacht Euch die heiligste Pflicht, mit verdoppeltem Eifer die Geldsammlungen für die schwermüde Metallarbeiterschaft zu betreiben.

Beigt durch Eure Opferbereitschaft, daß Ihr den Verrat der rechtssozialistischen Führer verachtet, daß Ihr zur endgültigen Abrechnung mit diesen Feinden jeder Massenbewegung entschlossen seid.

Die Hünzler-Kommission.
Das Metallartell.

Bezirksverband der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Berlin-Brandenburg.
Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Die Sitzung der Gewerkschaftskommission.

Die Gewerkschaftskommission hatte sich gestern mit der Frage der Proklamierung des Generalstreiks zu befassen. Sie sollte damit der Aufforderung der Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter auf Unterstützung Folge geben.

Nachdem Herrsen als Vorsitzender den Bericht von der Ausschussung gegeben hatte, unterbreitete er ihr den Antrag des Ausschusses auf Ablehnung der Beteiligung am Generalstreik. Darauf setzte eine lebhafte Debatte ein, in der als erster Diskussionsredner Genosse Rusch als Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes noch einmal alle Argumente, die für die Proklamierung des Generalstreiks sprachen, zusammenfaßte. Nach ihm nahmen die Vertreter aller maßgebenden Organisationen das Wort.

Trotz großer Sympathien für die Durchführung der idealen Forderungen der Metallarbeiter stellten sie sich auf den Standpunkt, die Verantwortung für einen Generalstreik nicht übernehmen zu können.

In der Abstimmung wurde der Antrag auf Proklamierung des Generalstreiks durch die Gewerkschaftskommission mit 66 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Für den Fall, daß dieser Versuch fehlschlägt, wird innerhalb von 14 Tagen diese Kommission die Macht erhalten, den Streik zu unterstützen und öffentlich von den Bedingungen, die ihr annehmbar erscheinen, Mitteilung zu machen. Die Mitteilungen an die Regierung betreffen, daß die Streikenden einem Vermittlungsversuch günstig gesinnt sind. Es wird gesagt, daß sie versuchen, den Finanzminister McAdoo dafür zu gewinnen, den Anwaltskosten für sie zu übernehmen, wenn die Bestimmungen über das Streikverbot gegen sie verhandelt werden sollen.

Uebergang deutscher Truppen nach Litauen.

Am 31. Oktober sind etwa tausend deutsche Soldaten bei Saurogen in Litauen einmarschiert. Die Versuche, die Truppen zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, sind bis jetzt erfolglos gewesen.

Haases Befinden hoffnungslos.

Das Befinden des Genossen Haase hat sich am gestrigen Tage verschlimmert. Der Schwächezustand hat weiter zugenommen, die Nahrungsaufnahme war sehr gering und bircht nur noch aus flüssigen Speisen. Auch die Peristaltik ist wesentlich jähwächer geworden. Die Ärzte haben die Hoffnung, das Leben des Genossen Haase retten zu können, aufgegeben.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ist in diesem Befund keine Änderung eingetreten.

Zwei Abgetane.

Von Rud. Breitscheld.

Die Vernehmung des Herrn von Bethmann vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss ist gestern beendet worden. Sachlich hat das ganze, drei Sitzungen ausfüllende Verhör kaum etwas Neues gebracht. Sein Wert liegt eigentlich nur in den Beiträgen, die es zur Psychologie des Mannes brachte, der während der drei ersten Jahre des Krieges die politischen Geschäfte Deutschlands leitete.

Herr von Bethmann hat einmal im Verlauf seiner Aussagen dem Präsidenten Wilson als einen Zauberer bezeichnet. Auf niemanden aber paßt diese Charakteristik besser als auf ihn selbst. Nur gehörte er nicht zu der Kategorie von Zauberern, die vorsichtig abwägen, und dann zu einem unbeugbaren Entschluß kommen, sondern zu jener andern, die ängstlich vor jeder Entscheidung zurückzureden, bis sie sich zuletzt vor irgendeinem Zwange beugen. Er ist immer der Mann der gottgewollten Abhängigkeit geblieben, als der er sich als preussischer Ministerpräsident bei den Wahlreformdebatten bekannte. Er war alles andere eher, als ein seiner Verantwortung vor dem Volk und vor der Geschichte bewußter Politiker mit eigenem Willen. Er schielte fürchtlich nach allen Seiten, und wenn es galt, ein festes Ja oder ein klares Nein zu sprechen, so versagte er — von der Unmöglichkeit seiner Ansichten überzeugt.

Möglichst waren für ihn in den kritischen Momenten des Krieges die Auffassungen der militärischen Stellen. Bei ihnen sah und erkannte er einen sicheren Standpunkt und ein energisches Wollen. Ihnen unterwarf er sich und versuchte dann nachträglich eine Rechtfertigung für den Schritt zu finden, den er mit halbem Herzen getan hatte.

Niemand wird die Preisfrage beantworten können, ob Bethmann Goltzweg am 9. Januar 1917, als im Hauptquartier zu Brest die Büffel fielen, nun im Grunde für oder gegen den U-Bootkrieg gemessen ist. Er hat damals dem Kaiser erklärt, er könne ihm nicht raten, sich den Forderungen der Obersten Seeresleitung zu widersetzen. Diese Stellungnahme war verischwommen und schwächlich. Der Kaiser sagte nicht so und nicht so, und hielt sich für alle Fälle ein kleines Hintertürchen offen.

Er weiß auch heute noch nicht recht, ob er den U-Bootkrieg preisen oder verdammen soll. Einmal nennt er jenen Entschluß verhängnisvoll, das andere Mal meint er, erst die Zukunft könne vollen Ausschluß darüber bringen, wie weit die Anwendung dieses Mittels die Kampfkraft der Feinde geschwächt habe. Er hat, wie er sagt, seinen anfänglichen Widerstand gegen die Pläne der Marine aufgegeben, weil er aus Rücksicht auf die militärische Lage und aus Rücksicht auf die Volksstimmung sich nicht länger habe treren dürfen, und er ist nicht gern daran erinnert, daß die leitenden Militärs spätestens zu Beginn des Jahres 1916, vielleicht sogar schon unmittelbar nach der Warnschlacht im Herbst 1914, der Ueberzeugung waren, daß der Krieg zu Lande nicht mehr gewonnen werden könne. Er weiß keine Auskunft auf die Frage zu geben, was sich denn eigentlich in der Zeit von Januar 1916 bis zum Januar 1917 geändert habe. Dem ersten Ansturm der Marineherren begegnete er mit dem Hinweis auf die Unsicherheit des Erfolges und die Sicherheit des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Krieg. Diese Erwägungen waren 1917 mindestens ebenso schwerwiegend wie 1918, trotzdem aber fügte er sich.

Zwar möchte sich der in die Enge getriebene, jetzt mit einem reichen Wortschwall und vielen Wimm und Wäw darauf hin ausreden, daß mit absoluter Bestimmtheit das Eingreifen Amerikas ja nicht vorauszuweisen gewesen wäre, und doch immerhin doch noch gewisse Möglichkeiten für seine Rentabilität bestanden hätten. Aber er dreht sich wie des Hähners Carl im Ring herum, und weder seine weiterscholenden Darlegungen, noch gelegentliche Temporementwollungen vermögen die Situation für ihn zu retten. Er erregt sich außerordentlich, als man ihm die Pistole auf die Brust setzt und ihn klipp und klar fragt, ob er nun den U-Bootkrieg gewollt habe oder nicht, sein Horn und seine Gefräßigkeit können indessen nur sentimentale Gemüter täuschen.

Wie mit dem U-Bootkrieg, ging's mit den Annexionen. Er wagt es auch heute noch, sich als Annexionisten vorzustellen, aber er verfährt fast im gleichen Atemzuge, daß man die Friedensbedingungen von der jeweiligen militärischen Lage abhängig machen mußte, und er muß zugeben, vor der Ueberreichung des deutschen Friedensangebotes an der Formulierung von Bedingungen mitzuarbeiten zu haben, deren annexionsmilitärischer Charakter auf der Hand liegt. Er hat sich

Die Revolutionsfeier in München.

München, 5. November.

Die Münchener Betriebsräte haben beschlossen, am 8. November, dem Gedentage der revolutionären Begründung des Freistaates Bayern, durch Arbeitsruhe zu begehen. Unsere Partei hat sich dem Beschluß der Betriebsräte im Interesse einer einheitlichen Aktion angeschlossen. Die Rechtssozialisten werden zur Frage einer Beteiligung am Generalstreik noch Stellung nehmen.

Streik der Beamten und Angestellten der Mannheimer Metallindustrie.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Mannheim, 5. November.

Durch Urabstimmung in den Betrieben ist heute die Arbeitsniederlegung der Beamten und Angestellten der Mannheimer Metallindustrie beschlossen worden.

Der Bergarbeiterstreik in Amerika.

Einführung einer Kommission zur Beilegung des Streiks.

H. N. Washington, 5. November.

Der Kongress hat den ersten Versuch gemacht, den Streik beizulegen. Im Senat wurde eine Resolution eingebracht, die Wilson die Ernennung einer Kommission vorschlägt. Diese aus drei Mitgliedern bestehende Kommission soll versuchen, mit allen Mitteln eine Einigung zwischen den beiden Parteien herbeizuführen.

von auch in diesem Falle, um das Wort der katholischen Kirche anzuwenden, löblich unterworfen.

Das absolut unzulängliche ist in Herrn von Bethmann Hollweg Ereignis geworden. Ueber einen Friedenskrieger seiner Art hätte man mit einem Aufschrei hinweggehen können, im Kriege wurde dieser Typus verhängnisvoll für das deutsche Volk. Die Geschichte wird das schärfste Urteil über den Mann fällen, der seine Charakterstärke vergeblich durch gelegentliche Fornausschübe zu verbergen sucht, und der als Minister so gut wie später in seinen Aussagen vor dem Untersuchungsamt den Mangel an Energie durch einen Reichtum an wohlgeleiteten und mit Sympathiebetonen der Stimmung vorgelegten Worten zu erziehen sich bemühte.

Der Freiherr von Eckardstein erwähnt in seinen kürzlich erschienenen Erinnerungen ein Wort von Bismarck, daß es wahrscheinlich das Ende Deutschlands bedeuten würde, wenn einmal ein preussischer, in der Dohntour groß gewordener Regierungsbeamter Reichskanzler werde. In ihrem maßlosen bürokratischen Dünkel glauben solche Herren meistens, alles zu wissen und alles zu können, vor allem hätten sie aber kein Verständnis für die Psyche des eigenen Volkes, geschweige denn für diejenige des Auslandes. Hier hatten wir einen solchen Kanzler aus der Dohntour, und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Nur hat Bismarck vergessen, daß ein preussischer Bürokrat zwar alles kann und alles weiß, aber daß es für den Respekt und Autoritätsgefühl Erzeugenen doch eine Grenze gibt, an der sein Selbstgefühl Halt macht: die Gunst des allerhöchsten Herrn und der Wille des Militarismus.

Welche Wirkungen aber mußten nun erst eintreten, wenn ein Kanzler wie Bethmann von einem Staatssekretär wie Zimmermann bedient wurde, der in die auswärtige Politik packte wie der Elefant in den Porzellanladen! Auch gestern gab's wieder einige erhellende Episoden, in deren Mittelpunkt die tragikomische Person stand. Zu seinem Schanden besitzt Herr Zimmermann nicht die Gnade seinesormaligen Chefs; und so stand er ziemlich naht und bloß da, als ihm vorgehalten wurde, wie er bei den verschiedensten Gelegenheiten hemdärmelig mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten umgesprungen ist. Weil neutrale Staatsmänner dabei in die Erörterung gezogen werden mußten, wurde die Dessenlichkeit zeitweise ausgeschlossen. Die Dessenlichkeit hat dadurch nicht viel verloren, denn sie konnte sich die Dinge unklarer zusammenreimen, und wir dürfen Herrn Zimmermann schon die Freude darüber gönnen, sich einmal nur vor einem kleinen und auswählten Kreise blamieren zu müssen.

Ueber ihn brauchen wir kein weiteres Wort zu verlieren, und wir warten nun, was die Herren Helfferich und Ludendorff zu sagen haben, die wenigstens den Anspruch erheben können, ernst genommen zu werden.

Die neue Note der Entente.

Der volle Wortlaut der von Clemenceau im Namen des Obersten Rat der deutschen Regierung übermittelten Note wird jetzt veröffentlicht. Sie beginnt mit der Einladung an Deutschland, an der Vollziehung des Ratifizierungsprotokolls teilzunehmen, und teilt dann mit, daß die alliierten Mächte beschlossen haben, den Vertrag nicht in Kraft treten zu lassen, ehe die Ausführung der von Deutschland durch das Waffenstillstandsabkommen und die Zusatzverträge übernommenen Verpflichtungen, die nicht erfüllt sind, geregelt und bestimmt ist. Die deutsche Regierung solle dem zur Unterzeichnung des Protokolls über die Niederlegung der Ratifikation ermächtigten deutschen Vertreter unbeschränkte Vollmacht geben zur Unterzeichnung eines Protokolls, dessen Abschrift der Note beigelegt ist, und welches ohne weiteren Aufschub diese Regelung vorsieht.

Die Note zählt dann die Folgen des Inkrafttretens des Friedensvertrages im einzelnen wie folgt auf:

1. Die hohe interalliierte Kommission des Rheingebietes übernimmt die Geschäfte. (Abkommen, Art. 2.)
2. Die Militär-, See- und Luftdelegationen, die gegenwärtig als Militär-, See- und Luftkontrollkommissionen in Deutschland sind, übernehmen die Geschäfte. (Friedensvertrag, Art. 203.)
3. Die Wiedergutmachungskommission übernimmt die Geschäfte. (Friedensvertrag, Art. 223 und Anlage II, § 6.)
4. Uebertragung der Oberhoheit im Falle Remel (Friedensvertrag, Art. 99) und Dongji (Friedensvertrag, Art. 100), die die Zurückziehung der deutschen Truppen und der deutschen Behörden und die Besignahme dieser Gebiete durch die interalliierten Truppen zur Folge hat.
5. Uebergabe der Regierung im Saarbecken. (Friedensvertrag, Art. 49 und Anlage § 10.)
6. Uebergabe der zeitweisen Regierung im Gebiete Oberschlesiens, in dem die Volksabstimmung stattfinden wird (Friedensvertrag, Art. 88 und Anlage § 1, 2 und 3); daraus ergibt sich die Zurückziehung der Truppen und der deutschen Behörden, welche die Kommission bestimmen wird, und die Besetzung durch interalliierte Truppen, desgleichen die Uebernahme der Geschäfte durch die Regierungs- und Volksabstimmungskommission in diesem Gebiete.
7. Uebernahme der zeitweisen Verwaltung in dem Gebiete von Schleswig, in dem die Volksabstimmung stattfinden wird (Friedensvertrag, Art. 100); daraus folgt die Zurückziehung der deutschen Truppen und der deutschen Behörden sowie die Besetzung durch interalliierte Truppen und die Uebernahme der Geschäfte durch die Verwaltungs- und Volksabstimmungskommission in diesem Gebiet.
8. Beginn der Frist von 15 Tagen, in welcher die Räumung und die Uebergabe der vorläufigen Verwaltung in den Gebieten stattfinden wird, in denen die Volksabstimmung stattfindet: Ostpreußen, Allenstein (Friedensvertrag, Art. 95) und Westpreußen, Marienwerder (Friedensvertrag, Art. 97), woraus sich die Zurückziehung der Truppen und der deutschen Behörden ergibt sowie die Besetzung durch interalliierte Truppen und die Uebernahme der Geschäfte durch die Verwaltungs- und Volksabstimmungskommissionen in diesen Gebieten.
9. Beginn der vierzehntägigen Frist, innerhalb deren die Abgrenzungskommissionen ihre Tätigkeit beginnen sollen.

Im Anschluß daran wird die deutsche Regierung aufgefordert, bis zum 10. November 1919 bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, um alle aus diesen Folgen sich ergebenden Fragen zu regeln.

Das Protokoll zählt alle nach Ansicht der Entente nicht erfüllten Verpflichtungen der Waffenstillstandsbedingungen einzeln auf und betont, daß die Nichterfüllung der eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere aber die Nichträumung der baltischen Provinzen, und besonders durch schwere Verletzungen, wie die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa Flow, die Zerstörung der U-Boote usw., nicht ungestraft bleiben könne. Sie verlangt deshalb von Deutschland:

1. A) Als Wiedergutmachung für die Zerstörung der deutschen Flotte in Scapa-Flow abzuliefern:

- a) Fünf leichte Kreuzer, „Königsberg, Pillau, Graudenz, Regensburg und Straßburg“.
- b) In vollständigem und gebrauchsfähigem Zustand an schwimmenden Docks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern eine solche Anzahl, die insgesamt 400 000 Tonnen ergibt, und die von den alliierten und assoziierten Hauptmächten verlangt werden können.
- c) Innerhalb 10 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls eine genaue Liste aller schwimmenden Docks, Schwimmkräne, Schlepper und Bagger, die deutsches Eigentum sind, zu übergeben.
- d) Die Offiziere und Mannschaften, welche die Besatzung der in Scapa-Flow versenkten Kriegsschiffe bildeten, und die jetzt von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festgehalten werden, werden mit Ausnahme derjenigen, deren Auslieferung in Artikel 228 des Friedensvertrages vorgesehen ist, spätestens nach Erfüllung der vorstehenden Bedingungen zu A und B durch Deutschland heimgeschickt.
- e) Der Zerstörer B 38 rechnet zu den 42 Zerstörern, deren Auslieferung in Artikel 185 des Friedensvertrages vorgesehen ist.

2. Innerhalb 10 Tagen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Protokolls abzuliefern die Maschinen und Motoren der Unterseeboote „U 137“ und „U 138“ und „U 150“ als Entschädigung für die Zerstörung des Unterseebootes „U. C. 48“, ferner die drei Motoren des Unterseebootes „U. 140“, die noch als Entschädigung für die in der Nordsee zerstörten Unterseeboote abzuliefern sind.

3. Den alliierten und assoziierten Regierungen — den Wert des ausgeführten Luftfahrzeugmaterials gemäß der Entscheidung und Abschätzung zu zahlen, die durch den in Artikel 210 des Friedensvertrages vorgesehenen Luftfahrzeug-Überwachungsausschuß erfolgen und (spätestens am 31. Januar 1920) bekanntgegeben wird. Sofern Deutschland diesen Verpflichtungen in den oben vorgesehenen Fristen nicht nachkommen sollte, behalten sich die alliierten und assoziierten Mächte vor, alle militärischen und andere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angebracht erachten.

Die verbrecherischen Streiche deutscher Nationalisten müssen also vom deutschen Volke gesühnt werden. Die Ablieferung von 400 000 Tonnen schwimmenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern ist eine außerordentlich schwere Last für Deutschland. Sie erschwert den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, ebenso aber auch die Herstellung des Schiffraums, der nach dem Friedensvertrag alljährlich an die Entente abzuliefern ist.

Die Frankfurter Munitionsschiebung.

Das offizielle Vertuschungsprotokoll.

In Frankfurt a. O. sind dieser Tage mehrere Kahrladungen Munition beschlagnahmt worden. Es handelte sich um ein Objekt von etwa 20 Millionen Mark im Werte. Wie die „F. P. N.“ berichten, ist die Beschlagnahme inzwischen wieder aufgehoben worden, da die Munition ordnungsgemäß gekauft worden sei, und zum Zwecke der Verlegung auf dem Wasserwege nach Rbeke gebracht werden solle.

Diese Meldung bedeutet eine unglaubliche Irreführung der Dessenlichkeit. Die Munitionsschieber haben die Regierung nach Sibirien und Polen angeklagt. Da die Regierung auf jeden Scheinverleumdung hierin, der ihr von den Selbstinsichern vorgeworfen wird, hat sie auch in diesem Falle den Angaben Glauben geschenkt, und ihrer Leichtfertigkeit ist es daher zuzuschreiben, wenn der Mäurerhauptmann Bernhardt auf neue mit Munition versorgt wird.

Uns sind über die Munitionsschiebung ernante Informationen zugegangen. Daraus geht hervor, daß unsere Genossen in Frankfurt a. O. durch einen Zufall der Schiebung auf die Spur gekommen waren. Es wurde festgestellt, daß 20 Millionen Schuß russischer Infanteriemunition auf Kränen verladen werden sollten. Es ist eine Lüge, wenn jetzt behauptet wird, daß die Munition zum Zwecke der Verlegung nach Südbel gebracht werden sollten. Der Schiffer hatte vielmehr Befehl, nach Stettin zu fahren und auf Langseeferle die Munition auf einen Seebagger zu verladen, dessen Name in Stettin dem Schiffer übermietet werden sollte. Der Schiffer hatte außerdem den Befehl, sich nirgendwo zu melden und sich auch nicht anzustellen zu lassen. Hinter der Munitionsschiebung stehen die Herren von Bleichröder, Graf von Schweidnitz und ein gewisser Herr von Wering, — ein Russe, der kaum drei Worte deutsch sprechen kann.

Die Munition wird im Artilleriedepot Frankfurt a. O. vor der Verladung sortiert. Es wird nur brauchbare Munition angenommen. Ein Russe und ein Letze prüfen vorher die Geschosse auf ihre Gebrauchsfähigkeit. Daraus geht wohl zur Genüge hervor, daß es sich nicht um Munition handelt, die zerlegt werden soll, sondern um solche, die für feierliche Zwecke verwendet wird. Die Munitionsverladung wird von Mannschaften der Frankfurter Heimatlösung, die der Reichswehr unterstellt ist, vorgenommen. Die Munitionsschiebung ist nicht die erste ihrer Art. Nach der zuverlässigsten Mitteilung unseres Frankfurter Gewährsmannes sollen bereits 100 Millionen Schuß verschieben worden sein.

Als die Schiebung der Reichsverwertungsstelle in Berlin gemeldet wurde, kamen sofort die Herren Bleichröder, Graf Schweidnitz und Wering per Auto nach Frankfurt a. O. Sie holten dort den Herrn Schröder, der Vorsitzender des Volksgenrats und zugleich Chef der Reichsverwertungsstelle Frankfurt a. O. ist, zu einer Rücksprache in das Hotel zum „Deutschen Haus“. Herr Schröder leistete dieser Aufforderung keine Folge, sondern er bat die drei Herren nach seinem Bureau.

Was dort vorgegangen ist, wissen wir nicht. Aber wir wiederholen: Es handelt sich bei dieser Angelegenheit nicht um ein Geschäft, das ordnungsgemäß abgeschlossen worden ist, sondern um eine ganz gewöhnliche Munitionsschiebung größten Stils für das Unternehmen des Mäurerhauptmanns Bernhardt. Jede alliierte Bemerkung ist geodios.

Aushebung einiger Werbezentralen.

In den letzten Tagen sind endlich Maßnahmen zur Bekämpfung des Werbeschwinds getroffen worden. Am Dienstag wurden zwei Werbezentralen ausgehoben. In der einen wurden sechs Württemberger in russischer Militäruniform verhaftet. Ebenso wurden einige Depots mit Waffen und Munition entdeckt. Im Hotel Adlon wurden zwei russische Offiziere verhaftet, die vorgaben, in diplomatischer Mission in Berlin zu sein. Vorgefundene Papiere ergaben jedoch, daß sie Vermittler zwischen den Berliner Werbestellen und der Weissen Armees im Baltikum gewesen sind.

Wir haben nur daran geglaubt, daß höhere Beamte, an dem hochverräterischen Treiben der Offizierskamarilla beteiligt sind. Wenn die Regierung auf unsere fortgeschrittenen Maßnahmen nicht hätte, hätte dieser unsern moralischen und materiellen Kredit im Ausland ungeheuer schwächende Schwindel niemals den jetzigen Umfang annehmen können.

Brutalste Grausamkeit.

Wann die Militärjustiz langsam arbeitet.

Langsam bringt die Wahrheit über die unendlichen Grausamkeiten, die während des langen Krieges von Vorgesetzten an Untergebenen verübt worden sind, an den Tag. Einen solchen Fall, der an brutaler Grausamkeit alles übertrifft, was bisher zur Kenntnis der Dessenlichkeit gelangt ist, veröffentlicht Hr. Feder im „Berliner Tageblatt“:

Es handelt sich um einen jungen Kaufmann Karl Helmholz, der sich im Oktober 1914, noch nicht zwanzigjährig, als Kriegsfreiwilliger meldete. Er wurde eingestellt, tat mit Mut und Liebe und peinlicher Gewissenhaftigkeit seinen Dienst und kam im Februar 1915 ins Feld. Ein Brief von der Vaterfront vom 1. März war die letzte Nachricht, die die Eltern von ihm erhielten. Nach mehrfachen Anfragen erst bekam der Vater schließlich vom Kompanieführer die Auskunft, daß sein Sohn an blutigem Dünndarmlaster verstorben sei; ihm sei die „beste körperliche und ärztliche Pflege“ zuteil geworden. Die Kompanie betrauerte in ihm einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden.

Aus brieflichen Andeutungen eines Kameraden des Verstorbenen ermahnen der Vater indes, daß es mit dem Tode des Sohnes eine andere Bewandnis haben müsse. Was war vorgefallen? Während des Krieges konnten keine Feststellungen getroffen werden. Erst vier Jahre später gelang es dem Vater, durch Befragung einer Anzahl überlebender Kameraden eingehende Ermittlungen anzustellen, die zu einem furchtbaren Ergebnis führten: Karl Helmholz, so lautet die Anklage, die der Vater auf Grund dieser Ermittlungen erhebt, ist einem Verbrechen seines Kompanieführers zum Opfer gefallen.

Ende Mitte März war Helmholz mit einem Kameraden nach Lebensmitteln ausgeschickt worden. Sie verirren sich auf dem Rückweg und blieben die Nacht über aus. Bei ihrer Rückkehr fehlte von den requirierten Lebensmitteln ein Käse. Helmholz wurde hierfür vom Kompanieführer mit drei Tagen strenger Arrestes bestraft und bei einer Kälte von 25 bis 30 Grad so fest an einen Baum gebunden, daß er, der ein Jahr zuvor eine schwere Blinddarmentzündung durchgemacht hatte, beim Losbinden sofort zusammenbrach. Derselbe Strafe wurde ihm zudikt, als er einige Tage darauf beim Bewehrteinen erkrankte, wegen körperlicher Schwäche den Dienst nicht machen zu können. Ein Sergeant band Helmholz bei der furchtbaren Kälte so stramm an den Baum, daß er nach der Aushörung eines Zeugen „vor Schmerzen verzagte“ und dem Sergeanten antwortete: „Wir rechnen noch einmal ab!“

Diese Aushörung wurde dem Kompanieführer gemeldet, der sich zu dem Arrestanten begab, der, losgebunden, sofort zusammenbrach, ihn wiederum mit der Hand kräftig ins Gesicht schlug und in ein summsiges, fortiges Erlosch bringen ließ, in dem er wie leblos dalag. Vor das Erlosch wurde ein Doppelposten gestellt mit der Anordnung, daß Helmholz weder zu essen noch zu trinken bekommen, auch nachts nicht austreten dürfe. So blieb er vier bis fünf Tage ohne Nahrung. Wiltseidige Kameraden flehten, dem strengen Verbot entgegen, ihm hin und wieder etwas zu geben, der nachts Posten stand, hörte Helmholz vor sich hinmurmern: „Trinken, trinken!“, konnte das schließlich nicht mehr aushalten, kroch, dem Befehl zuwider, in das Erlosch und hielt ihm einen Schneeball an den Mund, an dem der Sterbende im Fieberdurst leckte.

Am nächsten Morgen geriet ihn auf Befehl des Kompanieführers zwei Krankenträger aus dem Unterland, um ihn zur Latrine zu fahren. Er war so schwach, daß er sich nicht bewegen konnte und geschleift werden mußte. Der Kompanieführer, der dabei stand, rief: „Das Mistvieh verhält sich ja bloß, trampelt ihn doch in den Hintern, ist denn das Was noch nicht freipiert!“ und ließ ihn dabei mit dem bestiehlten Fuß berart, daß er hinaufste. Er mußte schließlich in das Erlosch zurückgebracht werden. Nach Angabe der Zeugen hatte er hochgradiges Fieber, gebrochene Augen und war nur noch Haut und Knochen. Die folgende Nacht starb er im Erlosch. Ein Arzt war nicht hinzugezogen worden; erst die Leiche wurde einem Arzt zur Sektion übergeben.

Das ist, nach der Anklage, die der Vater erhebt, die „körperliche und ärztliche Pflege“, die dem tüchtigen Soldaten und guten Kameraden nach der Mitteilung des inzwischen zum Oberleutnant beförderten Kompanieführers zuteil geworden war.

Das „Berliner Tageblatt“ verheimlicht den Namen dieses Schurken, dessen Verbrechen noch heute ungehört ist. Wir aber wollen ihn nennen, damit die Dessenlichkeit ersäht, um won es sich handelt. Es ist der Oberleutnant Assessor Hans Giller, Wolliner Straße 28, III.

Was ist zur Sühne dieser unendlichen Grausamkeit geschehen? Es wird die Dessenlichkeit wohl kaum überraschen, daß auf die am 20. Mai 1919 oben wiedergegebene Anklage des Vaters, die dem Kriegsministerium überreicht und von diesem über das Generalkommando an das zuständige Militärgericht in Berlin-Schöneberg weitergeleitet wurde, der Bescheid war betonnen munda sur die

In der Angelegenheit Benannten Zeugen vernommen wurden, daß außerdem nur das Berliner Regiment nach dem Verbleib von Entlastungszeugen angefragt worden ist. Das war vor 5 Wochen. Seitdem ruht die Angelegenheit, wie die Untersuchung so vieler Verbrechen von Militaristen ruht.

Zu dem Fall selbst brauchen wir wohl kaum etwas zu sagen. Aber die eine Bemerkung können wir nicht unterdrücken: Welches Maß von Kadavergehörigkeit und Angst vor dem Vorgesetzten steckt in den deutschen Soldaten, daß erst vier Jahre vergehen mußten, ehe Licht über diese unheimliche Last verbreitet wurde?

Der Kampf der Metallarbeiter. Auf dem Kriegspfade.

Gestern Abend begaben sich die Sicherheitsgruppen auf den Kriegspfad zur Verhinderung der Sympathieaktion der Berliner Arbeiter für die Metallarbeiter. Ein ziemlich starkes Aufgebot, das sich ancheinend auf der Suche nach der Streikleitung befand, erschien im Verbandsbureau der Metallarbeiter. Da nur noch einige Angestellte in den Bureaus anwesend waren, begnügte man sich mit der Feststellung ihrer Namen, und entfernte sich wieder. Nach 7 Uhr wurde das Groß-Berliner Bureau unserer Partei in der Schillerstraße von Truppen besetzt. Etwa 16 Genossen, die dort zu einer Konferenz von Parteidelegierten versammelt waren, wurden in Hast genommen und nach dem Polizeipräsidium geschafft. Die meisten wurden nach einiger Zeit wieder entlassen, in Haft behalten wurden die Sekretäre der Berliner Organisation, die Genossen Müller, Rosamerin und Gerst. Abgesehen davon daß diese Genossen mit den Vorbereitungen über die Sympathieaktion nichts mehr zu tun haben, enthält diese Verhaftung jeder rechtlichen Begründung. Aber selbst wenn den Genossen eine Teilnahme an den Beratungen über den Sympathiestreik nachzuweisen wäre, ließe diese Maßnahme ein Akt ungesetzlicher Anwendung von Gewalt, der selbst durch den Belagerungszustand nicht gerechtfertigt werden kann. Es sei denn, daß man, wie wir schon im Anknüpfen an den Moskauer-Erlass vom 9. November sagten, daß man die Wiederkehr des Revolutionstages benutzen will, um dem Volke den Rückfall in vorrevolutionäre Manieren deutlicher denn je vor Augen zu führen.

Seine Bemühungen nach dieser Richtung sehr koste fort durch die Aufwärmung des Schugelasses für lebenswichtige Betriebe. Sie wird durch folgende amtliche Mitteilung kundgetan:

Es hat eine starke Propaganda für einen Generallstreik in Groß-Berlin eingelegt. Um die Interessen der Bevölkerung zu schützen und jede Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Einwohner zu unterbinden, tritt aufs neue der zuerst unter dem 17. Oktober veröffentlichte Erlass des Oberkommandierenden in Kraft. Diese Verordnung hatte folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Belagerungszustandes verbietet ich jedwede weitere Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zur Stilllegung zu bringen, insbesondere: Feststellungen oder Schädigungen von Betriebsanlagen und -leitungen. Zuwiderhandelnde setzen sich einer Verurteilung bis zu einem Jahr Gefängnis oder sofortiger Verhaftung aus, soweit nicht nach dem allgemeinen Strafrecht eine höhere Strafe verurteilt wird. Als lebenswichtige Betriebe im Sinne dieser Verordnung sind anzusehen: alle Anlagen zur Erzeugung und Lieferung von Gas, Wasser und Elektrizität, sowie die öffentlichen Verkehrsmittel.“

Der Oberbefehlshaber. gen. Kossel.

Was für die Verhaftungen gilt, gilt für Versammlungsverbote, die gestern stattfanden. So wurde die Generalversammlung der U. S. B., Reußlin, verboten. Gestern Abend sollte in Altona Festreden, Gassenfeste, eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Neukölln stattfinden, um den Vierteljahrsbericht des Vorstandes entgegenzunehmen, und den Neuaufbau der Parteiorganisation nach dem Reorganisationsentwurf zu behandeln. Aber sie hatten die Rechnung ohne — Eugen Ernst gemacht, auf dessen ausdrücklichen Befehl zwei Autos mit Sicherheitsmannschaften erschienen, um diese staatsgefährdende Arbeit zu verhindern. Auf telephonischen Anruf beim Polizeipräsidium erhielten die Genossen den Befehl, die Versammlung wäre von a. E. Ernst verboten, im übrigen stünde ihnen jeder Weg der Verhinderung offen. So geschah am Vorabend der grandiosen Revolutionsfeier der sozialistischen Regierungsmehrheit!

Selbst die Regierungen werden bemüht, gleich zwei auf einmal. Die Reichsregierung und die preussische Regierung verbreiten durch Wolffs Telegrammbureau eine Kundgebung, die wir mit einigen Kürzungen wiedergeben:

Vollgenossen! Ein vernichtender Streik soll gegen Euch geführt werden. Wir halten dem Lande das schwere Opfer der zeitweiligen Einstellung des gesamten Personenverkehrs auferlegen müssen, um im letzten Augenblick Karosserien und Kutschen in die Städte zu bringen. Diese für Schicksalende von Einzelnen auferordentlich harte Anordnung mußte getroffen werden, um das Wesen des Hungers, der Kälte und der Arbeitslosigkeit fernzuhalten. Sie kann nur zum Erfolg führen, wenn alle Kräfte angespannt werden, um die freiverwendbaren Transportmittel auch wirklich bis zum letzten auszunutzen. Um diesen Erfolg soll das deutsche Volk befragt werden. Gerade jetzt wird zum politischen Generallstreik aufgerufen, ein Anschlag auf Leben und Gesundheit wird damit geschmiedet. Der Kampf der Metallarbeiter ist, soweit er ein wirtschaftlicher Kampf war, durch Verhandlungen so gut wie gegenstandslos geworden. Trotzdem soll weitergekämpft werden: so diktiert es eine zum äußersten bereite Minderheit. Das deutsche Volk will Frieden, Ruhe, Ordnung und Brot. Es weiß, daß die Arbeit dieser Tage keinen Aufschlag duldet, und es wird sich an seiner überwiegenden Mehrheit gegen Elemente wenden, die es noch tiefer ins Unglück stürzen. Vollgenossen! Steht uns in diesen schweren Tagen zur Seite! Es geht um Euch, um Eure Frauen und Kinder!

Es folgen die glänzenden Namen der sämtlichen Minister in langer Folge. Darunter kein einziger, der sich während des Krieges, in vier langen Jahren, ernsthaft um die Abwendung der Not und des Hungers durch energisches Eintreten für den Frieden bemüht hätte, kein einziger, der sich in der Durchhaltepropaganda hätte stören lassen durch das Bedenken, daß das deutsche Volk „Ruhe, Frieden, Ordnung und Brot“ wollte.

Die Saboteure der Solidarisität.

Wolffs Bureau meldet: Gestern nachmittag nahm eine Versammlung der gesamten Funktionäre der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktionen zu dem am heutigen Tage in der „Freiheit“ veröffentlichten Aufruf zum Generallstreik Stellung. In der Versammlung kam einseitig zum Ausdruck, daß man den Untergeordneten jenes Aufrufs das Recht abspricht, im Namen der Berliner Arbeiter zu sprechen und zu handeln. Zum Metallarbeiterstreik erklärte die Versammlung, daß sich die vorliegenden Streikpunkte bei geeignetem und klugen Vorgehen der Streikleitung leicht in einer für die Arbeiter befriedigenden Weise erledigen ließen. In einer von der Versammlung einstimmig beschlossenen Resolution heißt es: Die im Metallarbeiterstreik nach vorliegenden Differenzpunkte können für die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins keine Veranlassung bieten, in einen Generallstreik einzutreten. Die Arbeiterschaft Groß-Berlins hat um so mehr Anlaß, sich mit aller Entschiedenheit gegen die gewissenlose Generallstreikhebebe zu wenden, die durch sie die Niederlage der unglücklichen Streikleitung verbergen wollen, als der Generallstreik nach dem heutigen Aufruf in der „Freiheit“ ausdrücklich als politischer Kampf gekennzeichnet wird. Die Versammlung fordert die Arbeiterschaft auf, der Generallstreikparole unverantwortlicher Weise nicht zu folgen, sondern sich entschlossen hinter die beruflichen Körperschaften (Gewerkschaftsbund und Parteivorstände) zu stellen und lediglich nach deren Parole zu handeln.

Wir benutzen der Kürze wegen die amtliche Meldung, da es uns nicht zweckmäßig erscheint, der Angelegenheit größeren Raum in unserem Blatte zu gewähren. Das gleiche gilt für die Kritik, die wir wohl sparen können. Es erscheint uns nicht notwendig, unseren Lesern Erläuterungen zu dieser Kundgebung zu geben, die niemand überraschen wird. Nur eine Frage sei erlaubt: Glauben diese Leute im Namen der Berliner Arbeiterschaft sprechen zu können?

Ankündigungen.

Achtung! Obleute der Streikenden!

Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 1/2 Uhr in den Sophienkassen.

Sattler! Heute nachmittag 2 Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung für alle in der Metallindustrie streikenden und ausgeperrten Sattler.

Dexter u. Co., Tempelhof. Freitag vormittag 1/10 Uhr Zusammenkunft im Lokal „Metallarbeiter“, Linienstraße 195. Verbandsbuch mitbringen!

Siemens-Werk. Heute 11 Uhr im Stadtpark, Jungfernhöhe, Versammlung. Tagesordnung sehr wichtig.

Dynamowerk. Donnerstag, 8 1/2 Uhr früh, Sitzung der Vertrauensleute im Streiklokal.

Sergmann, Rosenthal. Freitag vormittag 11 Uhr Quittungen unterschreiben von 1 bis 1500 bei Wöhne, von 1501 bis Schluß bei Feind.

Berlin-Kaballische Maschinenbau-Abt.-Ges. Donnerstag mittag 1 Uhr Betriebsversammlung in der Kronenbrauerei, Altköpenick 48. Im Anschluß Quittungen unterschreiben im Streiklokal.

Hüttenwerk A. Meyer, Tempelhof. Donnerstag 2 Uhr Betriebsversammlung bei Scheyer, Tempelhof, Berliner Str. 77. Auszahlung des Streikgeldes.

Kleinbau „Gnomenschauder“. Heute, Donnerstag, Quittungen unterschreiben von 9—11 Uhr im Streiklokal. Sonnabend von 9—11 Uhr Auszahlung der Streikunterstützung in den bekannten Lokalen. Nachzügler müssen bis Ende nächster Woche warten.

Bau- und Gelbfarben-Anschlusser. Donnerstag, 11 Uhr vorm., Vertrauensmännerkonferenz Poststr. 7.

Deutsche Werk-Hütten-Gesellschaft, Oshenschaubau. Freitag, 12 Uhr, Betriebsversammlung und Zahlung der Extrazustimmung im Restaurant „Zum Herkules“.

Gebr. Israel. Freitag, 8—12 Uhr vormittags, Auszahlung der Unterstützung, anschließend mittags 11 Uhr Betriebsversammlung in den Ritzpielen „Kudus“, Rotibuser Damm 94—98 gegenüber Schönleinstraße.

A. Borsig, Tegel. Donnerstag nachmittag 2 Uhr in Hartmanns Brauerei, Reinickendorf, Betriebsversammlung. Die Vertrauensleute um 1 Uhr im selben Lokal. Kontrollkarte legitimiert.

Windhoff. Betriebsversammlung Sonnabend nachm. 2 Uhr bei Odt.

Gartung A.-G., Nichtenberg. Donnerstag, von 11 Uhr an, Quittungen unterschreiben Freitag, von 12 Uhr an, Geldempfang, um 2 Uhr Bericht über die jetzige Lage.

Preussische Landesversammlung.

Verhinderung des Kirchenaustrittsgesetzes.

In der gestrigen Sitzung wurde die Abstimmung über den Entwurf des landwirtschaftlichen Verwaltungs- und die zugehörigen dazu gestellten Anträge vorgenommen. Die Beratung hat bekanntlich vor der achtstündigen Pause stattgefunden. Die Deutschnationalen lehnten das Gehalt des Ministers ab; sie können ihm nicht bezeichnen, daß er ihnen nicht die Wahrheit gesagt hat. Auch die U. S. B. Fraktion stimmte gegen das Gehalt. Bestimmung für sie war das Prinzip, einer arbeitervindlichen Regierung keinerlei Mittel zu bewilligen.

Die Zwangswirtschaft, soweit davon überhaupt noch die Rede sein kann, soll aufrecht erhalten bleiben, genau wie die Verordnung über die Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeiten. Was nützen aber alle schönen Beschlüsse: Solange die wirtschaftliche Macht noch in den Händen der Agrarier liegt, kommen wir aus dem Nahrungsmittelwucher nicht heraus.

Dann wurde die infolge Verdrängungsfrist in voriger Sitzung nicht zustande gekommene Abstimmung über das Kirchenaustrittsgesetz nachgeholt. Ein unabhängiger Antrag auf namentliche Abstimmung wurde unter Zustimmung des Hauses als unzulässig zurückgewiesen. Das Gesetz wurde an den Ausschuss zur Überweisung, wo es ganz sicher einer einschneidenden Verschlechterung unterworfen werden wird.

Hierauf wendete sich das Haus der in der 65. Sitzung abgebrochenen Beratung über Getreide- und Lebensmittelbeschreibungen nach dem Auslande zu. Natürlich zeigte sich Entrüstung über das „Landesverräterische Treiben“ auf allen Seiten. Die Agrarier schrien noch höheren Freisen. Der Saft auf den Grund ging nur Genosse Ehrlich an. Er kennzeichnete in knappen kräftigen Strichen die Ungünstigkeitslagen der heutigen Wirtschaftspolitik. Besonders brandmarkte er, daß sogar Verläumdungen, wie der sächsischen Ministerpräsident Gadow mit ideellem Beispiel voranziehen. Dann ging er mit den Volkswählern ins Gericht, die der stolpernden Bevölkerung die rationierten Lebensmittel vorenthalten, um sie zu ungewöhnlichen Wucherpreisen an Händler und Scheichhändler abzugeben. Um dem vorzubeugen, müsse das Essen der Arbeiterräte ausgebaut und ihm weitgehende Vollmacht gegeben werden, damit sie für die restlose Erlassung und Zuführung aller Lebensmittel an die leidende Bevölkerung sorgen können. Die Regierung wurde er-

teilt, sofort geeignete Maßnahmen zu ergreifen. — Nun wird es sicher an nichts mehr fehlen!

Bewegliche Klagen wurden sodann über die Deutschnationalen laut. Es wurde viel und trefflich darüber gesprochen und dabei blieb es.

Nun trat das Haus in die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände ein. Ursprünglich sollte der Entwurf ein wertvolles Geschenk für das Zentrum sein. Die Provinzen sollten volle Autonomie in den Schulfragen erhalten. Dieser Entwurf hat jetzt eine untergeordnete Bedeutung, weil inzwischen die Reichsverfassung den Zentrumswünschen in weitem Maße entgegengekommen ist. Es kann aber von Demokratie und Selbstverwaltung keine Rede sein, solange das Wahlverfahren zu den Provinziallandtagen durchaus reaktionär ist. Die Debatte wird heute mittag 12 Uhr fortgesetzt.

Die Solinger Gemeindevahlen. Ein glänzender Sieg unserer Partei.

Der Sturz der Rechtssozialisten bei den Gemeindevahlen in Solingen, über die wir bereits berichteten, ist geradezu katastrophal. Im Vergleich mit den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 blühten sie 5007 Stimmen ein, das sind etwas über 60 Prozent, während die U. S. B. rund 70 Prozent gewann. Und das, obwohl die Rechtssozialisten ihre sämtlichen Paraderpferde an die Spitze ihrer Liste gestellt hatten. Mit den Regierungssozialisten verloren auch die anderen Regierungsparteien sehr stark an Stimmen. Das Zentrum ging seit den Januarwahlen um rund 21 Prozent, die Deutschnationalen um rund 52 Prozent zurück! Die Deutschnationalen konnten etwa 50 Stimmen mehr buchen als im Januar. In einer ganzen Anzahl von Gemeinden des Solinger Kreises weisen nunmehr die kommunalen Parlamente eine unabhängige Mehrheit auf, so in Hülshed, Wald, Dligg, andere verfügen über eine sozialistische Mehrheit, wie Grafrath, Leichlingen, Surcheid, Wiesdorf.

Auch die Solinger Wahl bestätigt daher das Bild, das zuletzt noch bei den Kölner Stadtverordnetenwahlen sich herausstellte: die Rechtssozialisten und ihre Verbündeten verlieren rasend an Boden in der Masse, die mehr und mehr zur Unabhängigen Sozialdemokratie und zum kleinen Teil zu den monarchistischen Parteien übergeht. Man versteht schon, weshalb die Rührnieher des gegenwärtigen Regimes ihre Herrschaft solange wie nur möglich durch Hinausschiebung der Reichstagswahlen aufrecht erhalten wollen.

Die alliierten Befehlshaber für die Gebiete der Volksabstimmungen. Der Oberste Rat hat gestern die Vorsitzenden und die Oberbefehlshaber der interalliierten Truppenabteilungen in den Gebieten der Volksabstimmungen vorgeschlagen. Es wurde beschlossen, daß in allen Großbritanniens, in Spanien, in Oberitalien Frankreich und in Teilen der Vereinigten Staaten den Vorsitzenden der Kommission und den Oberbefehlshabern ernennen sollen. Solange Amerika den Vertrag noch nicht ratifiziert hat, wird es von Frankreich in diesen vertreten werden.

Die „Technische Nothilfe“ sendet uns mit Bezug auf § 11 des Brechgesetzes eine Berichtigung, die dem Brechgesetz nicht entspricht. Wir geben aber trotzdem Kenntnis davon, daß sich die „Technische Nothilfe“ gegen den in unserer Nr. 525 erschienenen Notiz: „Ein Sieg der Arbeiter in Bitterfeld“ sehr wendet, sie habe auf Grube „Leopold“ gänzlich verzagt. Es wird behauptet, daß dort die „Technische Nothilfe“ Gruben vor dem Erlaufen geschützt und sich somit völlig fähig erwiesen habe, einen komplizierten Betrieb aufrecht zu erhalten. Wir glauben, daß sich die „Technische Nothilfe“ noch zu manchen anderen Dingen fähig erweisen wird.

Aus der Partei.

Das Ergebnis der Abstimmung in Leipzig.

In 82 Wahllokalen wurden abgegeben:
für die Resolution der Parteileitung 5439 Stimmen
Wähler 4447
ungültig 255
Aus 12 kleineren ländlichen Orten steht das Abstimmungsergebnis noch aus.
Die Resolution der Parteileitung hat also eine Mehrheit von 1000 Stimmen erhalten.

SELBST IN DEN HÖCHSTEN KREISEN

Liest man die
FREIE WELT.
HEUTE NEU!

REVOLUTIONSNUMMER
ZUM 9. NOVEMBER

Bei jedem Zeitungshändler zu haben

Fabelhaft!

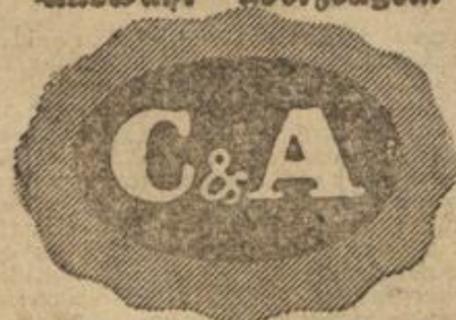


Der Treffermantel.

Ein entscheidendes Muster dieses beliebtesten Kleidungsstückes von besonders eigenartiger Wirkung durch die feinst angebrachte, sehr elegante Treffergarnierung. Ein schön-grauer und grünlicher Farbton ist zur Herstellung dieses Mantels verwendet, und der sich vorzüglich erweist.

120.

Und doch können Sie sich von der Tatsache unserer viel bestaunten Leistungsfähigkeit leicht an jedem einzelnen Stück unserer enormen Auswahl überzeugen.



Königsstr. 33 Chausseestr. 113
Am Bahnhof Alexanderplatz Rechts Berliner Bahnhof

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Hallesplatz. 7 1/2 Uhr: Der Schwärzkünstler.

Opernhaus. 7 Uhr: Tieffend.

Bühnenspielform. 6 Uhr: Maria Stuart.

Deutsches Theater. Direktor: Max Reinhardt. 7 1/2 Uhr: Der Kaufmann von Venedig.

Kammerspiele. 7 1/2 Uhr: Die Mädchen der Pandora.

Königsgrüner Straße. 15 Uhr: Schönwetterstein.

Romödienhaus. 15 Uhr: Liselott von der Platz.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Bummol-Studenten.

Lessing-Theater. Direktor: Viktor Baranowsky. 7 Uhr: Fräulein Julie.

Deutsch. Kunst-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Cyprionne.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Eine Frau wie Du.

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Zentrum 4927, 2391. Täglich Maskerade. Sonntag 4 Uhr: Aschenbrödel. Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Täglich D. höhere Leben. Sonntag 4 Uhr: Hünkel u. Gretel. Sonntag 4 Uhr: Der gute Ruf.

Königsstadt-Theater. Alexandersstr. 21. Täglich 7 30: Spezialitäten und Varietés - Burleske: „Doktor wider Willen.“

Casino-Theater. Lottisgraben Str. 37. Täglich 7 30 Uhr: Nur noch kurze Zeit Großstadt-Pflanzen.

Wintergarten. Täglich 7 1/2 Uhr: Varietévorstellung.

Theater am Kotlitzer Tor. Tel.: Moritzplatz 14814. Jed. Abend 7 1/2 Uhr: Elite-Sänger.

Circus Busch. Tel. 74. Stg. 24 u. 74. Neue Spezialitäten.

Apollo-Theater. Friedrichstr. 218. Abends 7 1/2. Sonntag 3 u. 7 1/2. Die Welt im Jahre 2000. Sonntag 3 1/2. Jed. Erwachs. 1 Kind frei.

Eichhofbauer. Volkstheater. Waisenhauer Str. 24/26. Täglich Varietésnummern. Donnerstags 8 Leipziger Sängerkapelle. Familien-Konzerte. Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr.

Frankfurter Lotterien für Ausbau der Marienkirche. 100000 Lose. 4154 Gew. 1 Pr. Gesamt- u. Höchstgew. W. i. 26. u. 27. Novbr.

100000 M.
60000 M.
50000 M.
10000 M. usw. M.

Emil Haase & Co., Berlin 21, Bredowstr. 9. Filialen: Leipziger Str. 104, Wallstr. 1, Rosenthaler Str. 7, Mühlstr. 3b, Köpenicker Str. 55, Tabak, Zigarren.

Facharzt Dr. Mosenberg. Geschlechtsleid. 11-1, 5-7. Potsdamer Str. 37b. Damenzimmer.

Spezialbehandlung C. Weissert. Invalidenstr. 147. I. Etage, Ecke Bergstr. Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen. Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung. Sprechstunden 10-12 und 4-6. Sonntags 10-12.

Zigaretten. Ständiges Lager in rein orientalisches ägyptischen Zigaretten von M. 220.- per Mille aufwärts.

Capstans Navy Cut Mk. 285.-. M. Guttmann, Berlin O 27, Alexanderstr. 22. 9-5 Uhr.

Frisch eingetroffen: Schokoladen, diverse Sorten. Kakao - Kaffee. Bohnen - Linsen - Reis. Sultaninen - Korinth. Schalmendeln - Gelsardinen - Reisstärke. Marschall-Watson-Sunlight.

F. P. A. Kauffmann, Berlin, Wallstr. 55-56.

Dr. med. Karl Reinhardt. Berlin, Potsdamer Strasse 117 (s. d. Lützowstrasse). **Haut- und Nervenarzt.** bewährte, fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Anamnese und ausführliche gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren im verschlossenen Brief Mk. 1.50) in den Sprechstunden von 11-12 mittags, 1/2-9 abends, Sonntags 11-1 Uhr.

Haut-, Harn-, Geschlechts-. Unterleibsleiden, Syphilis bei Männern und Frauen werden schnell und gründlich mit seit über 20 Jahren von mir erprobten bewährten und wissenschaftlich anerkannten Heilmitteln mit autem und dauerndem Erfolge behandelt. Speziell mit elektrophysikalischen Licht- und Naturheilverfahren. Ohne Berufsberatung - Sprech- und Behandlungszeit: 9-1, 4-7, Sonn- u. Feiertage 9-1. Heilanstalt Berlin SO 16, Brückenstr. 10 b. II (am Bahnhof Jannowitzbrücke). Prof. P. Mistelsky. graduiert und approbiert im Ausland.

Platin 80.- Mark. Brillanten, Perlen, Gold, Silber kauft. FuB, Seydelstr. 32 (Eckhaus Spittelmarkt).

Achtung! Platin Gramm bis 95.- Mk. Gold, Silber, alte Zahngebisse, Brillanten, sowie unmodern gewordenen Schmuck verkauft man am besten zu den höchsten Kurs- und Tagespreisen bei Kokoski, Berlin N 54, Amt Humboldt 2480.

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Uring- und Blautuntersuchungen. Erste und beste Heil-Anstalt Löser. Dir.: Löser senior, Dr. Skotti. Rosenthaler Straße 69-70, Ecke Lindenstraße, 9-1, 4-9, Sonnt. 10-1.

Möbel auf Kredit. Kleinste Anzahlung. - Bequemste Abzahlung. - Grösste Rücksicht. Einzelne Möbel werden bereitwillig abgegeben. Bei Bezahlung bedeutende Preisermäßigung.

M. Landwehr, Müllerstraße 7, am Treppenturm. Kriessanleihe nehme in Zahlung. Liefere auch nach auswärts.

Nicht in 6-8 Wochen sondern in 3-5 Tagen werden sämtl. Militär- u. Zivilgarderoben gefärbt. - Trauersachen können durch Aufdampfen wie neu hergestellt.

Schnellkärberei u. chem. Reinigungsanstalt (Tel.: Amt Nord-West. (Hansa 1075) (Gut & Sleg). Fabrik u. Exped. Gatzowskystr. 21. Hauptgeschäft Ostzkowskystr. 15. II. Geschl. Möckerstr. 112. III. Geschl. Schönhauser Allee 176 am Stadler Platz.

Prozesse, Alexanderstr. 45. Rat, Beistand, all. Rechts, Vertretung, De-, Anwalt-, Urkunden, Endgültigkeit, Landgericht Dr. v. Kirchbach-Gesellsch. (Reg. Nr. 1-1, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100).

Spezial-Behandlung v. Geschlechts-, Harn-, Harn-, Frauenleiden, spez. veraltete hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Uring- und Blautuntersuchung, Licht- und Pflanz- Behandlung. Schnell, sicher, ohne Herabsetzung. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Aerztl. Heilanstalt. Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

Fette Enten. Feine Bratentiere. Brathühner. Masthühner. Ziegenfleisch. Leb. Kanin. Junge u. alte Ziegen gute Milch. Hermann Tasche Nachlg. jetzt Belle-Alliance-Str. 98 u. Charlitz. W. a. - P. - Str. 43.

1. Meuköllner Gold- und Silber-Schmelze, Metallhandlung M. Schulz, Nchl. Reuterstraße 25 (unweit Hermannplatz) Fernsp. Nr. 1051. Ankauf Goldbruch, Silber und -Nitrat, Quecksilber, alte Treppen, Strickerabfälle, Zahngebisse, Platin, edelmetallhaltige Rückstände, für Händler schnell zu Anarbeiten.

Spezial-Arzt Dr. med. Lommer Geschlechts-, Harn-, Frauenleiden. Behandl. schnell u. sicher ohne I. - erkrankung. Teilzahl. Brunnenstr. 185 (Nah Rosenthaler Pl.). Sprechz. 9-1 u. 4-8 Uhr. Sonnt. 9-12 Uhr.

Löser's Polzhaus Friedrichstr. 118/119. am Oranienburger Tor. Vorteilhafter Einkauf in Polzschänken. Reparaturen werden prompt und sauber ausgeführt.

Platin ab bis 90 Mk. kauft Metallkontor Alte Jakobstr. 139. Moritzstr. 128/8.

Spiralbohrer. Metalle. Motore kauft jedes Posten Schlosser, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 7.

Das Kino M. L. des Ostens

MARIANNEN-LICHTSPIELE

Wrangelstraße 11 :: Am Mariannenplatz

Eröffnung heute Donnerstag, den 6. November 1919

mit der Uraufführung

„DIE TOCHTER DES BAJAZZO“

Großes Orchester. Drama in 4 Akten. :: Mit Rita Clermont. Großes Orchester.

Die Verantwortung für den U-Bootkrieg.

Aus dem Untersuchungsausschuß.

(Fortsetzung des Berichts aus der Abendausgabe.)

Zimmermann: Ich habe die Unterredung mit der Presse am 12. Dezember gehabt, ich habe da meinen gestern begründeten Standpunkt bekräftigt. Wie liegt nun ein Telegramm vom 22. Dezember vor, das zum Friedensschritt Wilsons Stellung nimmt. Da wurde die Ansicht des Ministers, der voller Stills war, unrichtigen, wenn man sich etwas mehr auf die Vereinigten Staaten verlassen könnte, und wenn die amerikanische Regierung nicht so oft enttäuscht hätte. Da finde ich allerdings eine Bestätigung meiner Steps gegenüber dem Friedensschritt des Präsidenten.

Abg. Dr. Singheim: Ich habe meine Frage angeknüpft an die Behauptung des Staatssekretärs Zimmermann, daß das Wilsonsche Angebot auf England zurückzuführen sei.

Zimmermann: Wann habe ich die Behauptung aufgestellt? (Stumpf: Im Februar!) Wo erhebt sich später, da lag der Bericht aus dem Lande noch nicht vor. Im Februar überließ ich die Sache vollkommen.

Abg. Dr. Singheim: Ich werde Ihnen diese Äußerung näher vorlegen. (Zimmermann: Bitte!) Warum wurde damals gerade der Friedensschritt Wilsons von den französischen Nationalisten, Clemenceau usw., belächelt?

Zimmermann: Ich kann die Gründe, die Herrn Clemenceau und andere Nationalisten bewegten, nicht gut entwickeln (Heiterkeit), ich könnte nur Vermutungen äußern.

Auf Fragen des Abg. Dr. Cohn gibt Graf Bernstorff sodann nochmals Auskunft über die Beziehungen der Botschaft in Washington zum Deutschen Generalkonsulat in New York.

Minister David: Aus welchen Gründen hat Staatssekretär Zimmermann geglaubt anzunehmen, daß die Friedensaktion Wilsons von England angeregt worden sei? In England waren kurz vorher Grey und Asquith kaltgestellt worden, Lloyd George war zur Herrschaft gelangt. Dieser Vorgang wurde darauf zurückgeführt, daß beide mit dem Gedanken eines Friedens ohne Sieg gespielt hätten, während Lloyd George den Krieg bis zur Niederwerfung Deutschlands fortführen wollte. Er hielt damals seine „Knock-out“-Rede. Darin sagte er etwa, man hätte sich vor jeder Intervention auf Seiten der Neutralen, die Stunde dafür sei nicht gekommen. Wir in Deutschland haben das aufgefaßt als eine Wörtung an Wilson und waren der Überzeugung, der Sturz Grey und Asquith habe seinen Grund darin, daß sie ihrerseits eine Intervention von Amerika fern sehen würden. Der Kaiser hat sich aber gegen die Annahme, daß Lloyd George Wilson etwa zu einer Friedensaktion veranlasse, die Auflassung des Staatssekretärs Zimmermann ist von ungenügender Erregtheit, weil sie vom Generalfeldmarschall Hindenburg geteilt wurde, wie aus einem Telegramm hervorgeht. Sie widerspricht auch dem Tatsachenstand, daß Wilson tatsächlich von uns zur Friedensaktion angeregt worden sei. Das müßten wir ja. Daraus ist es um so überraschender, wenn der Generalfeldmarschall sich in der Aufassung befand, daß Lloyd George die Friedensaktion angeregt habe. Ich frage:

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Graf Bernstorff: Bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde von der Entente jedes nur irgendwie denkbare Mittel angewandt, um alle Deutschen aus den Vereinigten Staaten herauszubringen. Jede persönliche Verunglimpfung mußte dazu dienen. Allerdings will ich nicht soweit gehen, zu behaupten, daß Professor Münsterberg von englischen Agenten umgebracht worden ist. Er ist einem Schlaganfall erlegen. Tatsache aber ist, daß er gesellschaftlich und politisch wie wir alle hohlstülpert wurden.

Professor Dietrich Schäfer: An die Möglichkeit eines gewalttätigen Endes des Professor Münsterberg habe ich bis zu diesem Augenblick gar nicht gedacht.

Abg. Dr. Singheim: Zimmermann hat davon gesprochen, daß die Wilson-Note unter englischem Einfluß und mit englischem Einverständnis erlassen worden ist. Stehen Sie auch auf diesem Standpunkt?

Graf Bernstorff: Nein. Aber es ist immerhin möglich, daß vorher bei England Erkundigungen eingeschlagen worden sind. Ich habe aber den Eindruck, daß die Friedensnote Wilsons England außerordentlich unangenehm war.

Abg. Dr. Singheim: Im Mai 1916 hat im Reichstag der Innenminister in Anwesenheit von Bernhard von Hülse und Maximilian Harden eine Besprechung über die „Sussex“-Note stattgefunden, und von Zeitungen dieser Konversation wird berichtet, daß Staatssekretär Zimmermann auf eine sehr scharfe Äußerung über Wilson gemacht hat. Sie soll gelautet haben:

„Neben der Unverschämtheit und Frechheit Wilsons ist kein Wort zu verlieren. Aber wir haben ihm die Nase vom Gesicht gerissen.“

Zimmermann: Ich glaube nicht, daß ich in Anwesenheit so vieler Herren von der Presse eine solche Äußerung gemacht habe.

Abg. Dr. Singheim: Dann müssen wir Harden und Theodor Wolff als Zeugen vernahmen.

Vors. Abg. Darmuth: Wir können nun zu den Gründen für den Nichtempfang des Grafen Bernstorff nach seiner Rückkehr aus Amerika durch den Kaiser.

Beihmann Holweg: Das ist ein Thema, das gegenüber den bisherigen hochpolitischen Feststellungen mehr episodischen Charakter trägt.

Vors. Abg. Darmuth: Doch nicht ganz.

Beihmann Holweg: Die Rückkehr des Grafen Bernstorff, wie dem Kaiser sofort gemeldet und der Vertreter des auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier beauftragt, wegen des persönlichen Empfangs des Reichskanzlers durch den Kaiser das Erforderliche zu veranlassen. Inwiefern habe ich dem Kaiser eingehend Bericht über das gehalten, was Graf Bernstorff mitgebracht hatte. Vorläufige über unser weiteres Verhalten gegenüber Amerika hatte mir Graf Bernstorff nicht gemacht und auch nicht zu machen. Infolgedessen lag auch keine politische Veranlassung vor, auf sofortigen Empfang zu drängen.

Abg. Dr. Cohn: Welchen Eindruck hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

Abg. Dr. Cohn: Welche Eindrücke hatten Sie von der Unterredung mit dem Kaiser?

Graf Bernstorff: Als ich im Mai vom Kaiser empfangen wurde, waren alle diese Fragen so vollkommen erledigt, daß ich keine Veranlassung mehr hatte, darauf besonders zu drängen. Ich kann mich daher nicht entsinnen, daß bei dieser Unterredung irgendwas gesagt wäre, was politische Bedeutung gehabt hätte.

nehmend usw. würde eine gänzliche Absperrung Englands, zumal bei der beschränkten Zahl der deutschen U-Boote und ihrem Aktionsradius nicht möglich sein. Das Reich, das man um England ziehe, werde großmächtig bleiben. Man müsse ferner in Rücksicht ziehen, daß für die Ernährung Englands täglich vier Schiffe mittlerer Größe genügt, so daß an eine Hungersnot nicht zu denken wäre. Jegensfalls werde der U-Bootkrieg es England bis zum Herbst nicht unmöglich machen, den Krieg fortzusetzen, zumal, wenn England alles opfere.

Es bestehe aber die Gefahr, daß Amerika auf die Seite der Feinde trete. Das bedeute eine starke moralische Unterstützung der Feinde und eine Stärkung ihrer Siegeszuversicht. Ferner verweist die Denkschrift auf die Möglichkeit einer erhöhten Spannung mit den Bundesgenossen und auf die erhöhten Materiallieferungen, die Amerika nach dem Eintritt in den Krieg der Entente zur Verfügung stellen würde. Alle diese Bedenken liefen den rücksichtslosen U-Bootkrieg als eine Maßnahme entgegen, was der dringlich gewarnt werden müßte.

Weiter haben Sie (zu Beihmann Holweg) in Charleville eine Unterredung mit dem Kaiser gehabt und dabei diese Denkschrift vorgelesen. Sie haben Ihre Bedenken gegen U-Bootkrieg nochmals vorgelesen im Gegenjah zu General Holweg, der dabei war. Der Kaiser erwiderte damals, daß die Zahl unzerstörter U-Bootstreitkräfte nicht genüge, um England niederzuzwingen. Er verwies auch auf die Möglichkeit eines Bruchs mit Amerika und auf den Erfolg des U-Bootkrieges sicher gestärkten Willen Englands, auch das letzte Hemd herzugeben.

Wir würden also bei Fortsetzung des Krieges nichts gewinnen.

Weiter hat am 31. August 1916 im Schloß zu Weß wiederum unter Vorsitz des Kaisers eine Besprechung stattgefunden, an der alle maßgebenden Zivil-, Militär- und Marinebehörden teilgenommen haben. Auch aus diesem Protokoll geht die Gegensätzlichkeit der Auffassungen zwischen den Zivilbehörden und den Militär- und Marinestellen hervor. Sie erklärten, daß Sie dabei sagen würden die Frage sei von allen berufenen Instanzen eingehend geprüft, daß man aber im Hinblick auf die Kriegslage dazu gekommen wäre, die Entscheidung zu verlegen, nachdem auch Generalfeldmarschall von Hindenburg erklärt habe, daß er zunächst die Entwicklung des rumänischen Feldzuges abwarten müsse, bevor endgültig zu der Frage Stellung genommen würde.

Weiter ist von Wichtigkeit eine Urkunde vom 23. Dezember 1916 an den Generalfeldmarschall von Hindenburg über den U-Bootkrieg. In dieser Urkunde bringen Sie zum Ausdruck, daß Sie die alleinige und nicht übertragbare verantwortungsmäßige Verantwortung zu tragen hätten bei der Frage des rücksichtslosen U-Bootkrieges, weil diese Frage unmittelbar in unser Verhältnis zu den Neutralen eingreift und deshalb ein Akt der auswärtigen Politik ist. Sie sagen in diesem Brief am Schluß, daß die Frage des rücksichtslosen U-Bootkrieges behandeln nur beantwortet werden könnte, wenn unsere militärische Lage mit Sicherheit darzulegen läße, daß die europäischen Neutralen in den Krieg gegen uns nicht eingreifen würden. Sie erließen aber, sowohl an der holländischen, wie an der dänischen Grenze Truppen zu verammeln, und es heißt am Schluß, daß bei der Entscheidung über den rücksichtslosen U-Bootkrieg abgemogen werden müßte, ob seine Vorteile größer seien als die Nachteile, die uns durch einen Bruch mit Amerika zuzufügen würden.

Dies tritt also zum erstenmal in aller Schärfe der Sachverhalt, daß die Vorteile des rücksichtslosen U-Bootkrieges größer sein könnten als seine Nachteile. Für den Ausdruck ist es nun von größter Wichtigkeit, festzustellen, welche Gründe maßgebend gewesen sind für die veränderte Stellungnahme zum U-Bootkrieg, den Sie als verhängnisvoll bezeichnen haben.

Weshalb traten Ihre ursprünglichen Bedenken zurück gegenüber den Instanzen, die für den rücksichtslosen U-Bootkrieg eintraten, nämlich im wesentlichen die Oberste Seeres-leitung, die Oberste Marineleitung, die Reichstagsmehrheit und die Mehrheit des Volkes?

Beihmann Holweg: Die sehr umfangreichen Akten über den U-Bootkrieg liegen dem Ausschuß vollkommen vor. Ich kann nur annehmen, daß aus diesen Akten der Ausschuß eine klare Vorstellung von meiner Stellung zum U-Bootkrieg in seinen verschiedenen Phasen gewonnen hat. Ich kann meine Aufgabe nicht darin erkennen, nun meinerseits etwa aus meinem Gedächtnis diese sehr komplizierte Materie hier zu rekonstruieren, die allenfalls dem Ausschuß bereits bekannt ist. Ich kann meine Aufgabe

28) **Jimmie Higgins.**
Roman von Upton Sinclair.
Aus dem Manuskript übertragen von Gertruda zur Wühlke.
Es war im Winter, die Dunkelheit brach früh an, und Jimmie arbeitete bei eiskaltem Licht im Hintergrund des Ladens, als eines Abends Reilly auf ihn zutrat, ihn mit geheimnisvoller Miene in eine Ecke zog und fragte, ob seine Äußerungen gegen den Krieg ernst zu nehmen seien und er wirklich bereit wäre, dagegen zu kämpfen? Die Empire-Fabrik stelle tagtäglich Tausende von Granatgeschossen her, die zum Menschenmord verwendet würden. Es habe keinen Sinn, einen Streik organisieren zu wollen, da es zuviel Dämonen gäbe, und die Gesellschaft jeden entläßt, der den Mund aufmacht; sollte aber gar ein Outsider es versuchen, so würde er sich bald hinter Schloß und Riegel finden: — der alte Granit hätte die ganze Stadtverwaltung in die Tasche stecken.
All dies war für Jimmie nichts neues mehr; nun aber kam der Irlander mit einem noch nie gehörten Vorhaben. Es gab ein Mittel, die Arbeit in der Empire-Fabrik lahmzulegen, ein Mittel, das schon anderorts erfolgreich angewendet worden war. Reilly vermochte sich L. N. L., einen Sprengstoff, der noch weit gewaltiger wirkte als Dynamit, zu verschaffen. Die Stahlröhren der Fabrikräder konnten als Bomben verwendet werden, und für Jimmie, der ja die Empire-Fabrik zur Gewohnheit konnte, würde es ein Leichtes sein, dort einzudringen und das Nötige zu tun. Außerdem war dabei ein Haufen Geld zu verdienen; wer dabei half, konnte den Rest seines Daseins im Wohlleben verbringen.
Jimmie war wie vor den Kopf geschlagen; deutsche Spione und Seeschwärmer hatte er aus ehrlichstem Herzen für den gleichen Schwindel gehalten, und nun ringelte sich vor seinen Augen, im Laden des alten Kummel, eine Seeschwärmer!
Er entgegnete, mit dergleichen wolle er nichts zu schaffen haben, dies sei nicht der Weg, dem Kriege ein Ende zu bereiten, im Gegenteil, dies dies ihn kräftigen. Der andere begann mit ihm zu diskutieren: „Kein Mensch wird verlegt werden, die Explosion wird in der Nacht stattfinden, doch Abel Granit Geld wird eine Bombe davontragen.“ Jimmie jedoch blieb hartnäckig bei seiner Weigerung: zu seinem Glück war ihm von der Ortsgruppe in den

Kopf gehämmert worden, daß die Bewegung jede Verführungsstufel ablehnt, nur mit offener Propaganda arbeitet, um auf diese Art die Seelen und Gewissen der Menschen zu gewinnen.
Zuerst ward der Irlander zornig, nannte Jimmie einen Feigling, ein Gojzenberg, dann kam er mit nichttrauischen Fragen, ob ihn Jimmie am Ende bei der Empire-Verwaltung anzeigen werde? Jimmie lachte über diese Zumutung, er hatte keinerlei Sympathie für Abel Granit, der verdammte alte Hund solle nur selbst seine Spionage betreiben, er, Jimmie, wolle mit der ganzen Angelegenheit weder so, noch so etwas zu tun haben. Der Wan wurde fallen gelassen, doch hielt der kleine Makinnist teils die Augen offen und bemerkte, daß viele Deutsche, meist Unbekannte, den Laden zu Zusammenkünften verwendeten. Auch fiel ihm die Freundschaft zwischen Reilly und Heinrich auf, welsch letzterer sich so kergengerade hielt und einen schaden Schädel hatte.
Die Ecke erreichte gar bald ihren Höhepunkt, die Bombe explodierte, doch geschah dies auf eine andere Art, als Jimmie erwartet hatte. Als er an einem Februarabend im Geschäft die Laden herabließ, öffnete sich die Tür, und vier Männer traten ein. Mit kühlem gekühlter Miene schritten zwei von ihnen auf Jimmie, zwei auf Kummel zu. Der eine schlug seinen Mantel zurück, wies auf einen großen, goldenen Stern und erklärte: „Ich bin Detektiv und erkläre Sie für verhaftet.“ Zu gleicher Zeit packte der zweite Jimmies Gekelk und schob ihm Fohsin darüber. Inzwischen hatten die anderen sich Kummel bemächtigt. Jimmie sah an der Tür noch zwei weitere Polizisten, doch blieb diesen nichts zu tun übrig; die beiden Gefangenen waren viel zu verblüfft, um an Flucht zu denken.
Sie wurden zu einem Automobil geführt, hineingestoßen, und fort ging's. Da sie auf ihre Fragen keine Antwort erhielten, verstimmt sie allmählich und überdachten alle Sünden ihres Lebens, und welsch von diesen wohl der Polizei zu Ohren gekommen waren.
III.
Jimmie glaubte natürlich, er komme ins Gefängnis, mit dessen brachte man ihn in ein im oberen Stock gelegenes Zimmer des Postgebüdes. Kummel wurde in einen anderen Raum geführt, und Jimmie sah ihn nicht wieder; er konnte die seine ganze Aufmerksamkeit einem strenggesichteten jungen Mann widmen, der vor einem Scheid-

fisch sitzend, ihn auf die Folter zu strecken begann. „Ich bin verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Aussagen gegen Sie verwendet werden können.“ — sagte der junge Mann, und noch ehe Jimmie den Sinn dieser Worte erfassen konnte, begann er ihn mit Fragen zu überschütten. Während der ganzen Zeit standen zwei Detektive neben Jimmie, und eine Stenographistin schrieb seine Worte nieder. Jimmie wußte, daß es Stenographistinnen gebe, hatte er sich doch erst kürzlich fast in eine verliebt.
„Sie heißen?“ fragte der strenggesichtige junge Mann.
„Do wohnen Sie? Sagen Sie alles, was Sie über diese Bombenverführung wissen.“
„Ich weiß doch gar nichts!“ rief Jimmie.
„Sie sind in der Gewalt der Regierung.“ — entgegnete der junge Mann. „Ein aufrichtiges Bekenntnis ist Ihre einzige Rettung. Wenn Sie uns helfen, werden Sie vielleicht frei ausgehen.“
„Ich weiß doch gar nichts!“ rief Jimmie abermals.
„Sie haben davon gehört, daß die Empire-Fabrik in die Luft gesprengt werden soll?“
„Ja.“
„Von wem?“
„Ein Mann.“ — begann Jimmie, dann fiel ihm sein Beizprechen ein. „Ja, ich kann es nicht sagen.“
„Weshalb nicht?“
„Es wäre unricht.“
„Sind Sie dafür, daß man Gebäude in die Luft sprengt?“
„Nein.“ sagte Jimmie mit ehrlicher Überzeugung. Und nun begann der andere auf ihn einzusprechen. Abscheuliche Verbrechen seien im ganzen Lande begangen worden, die Regierung müsse diesem Treiben ein Ende machen und jeder ehrbare Staatsbürger sei verpflichtet, ihr dabei zu helfen. Jimmie lauschte diesen Worten, bis ihm der Schweiß aus allen Poren drang, denn brachte er es nicht über's Herz, einen Arbeiter-Kameraden zu verraten; nein, selbst dann nicht, wenn er auf zehn oder zwanzig Jahre ins Gefängnis käme, womit der strenggesichtige junge Mann ihm drohte.
„Sie haben also Reilly gesagt, daß Sie mit Bomben nichts zu tun haben wollen?“
„Freilich.“ erwiderte Jimmie eifrig und sein armer Kopf war derart verwirrt, daß er gar nicht bemerkte, wie ihm alles gesagt hatte, was er verdrängen wollte.
(Fortsetzung folgt.)

war dann anzunehmen, daß ich die offenkundige Kenntnis des Ausschusses in denjenigen Fragen durch Aussagen ergänze, wo der Ausschuss glaubt, eine Lücke bezüglich meiner Haltung zu finden. Nun wird eine Auskunft über meine Haltung im Winter 1916-17 verlangt. Herr v. Bethmann Hollweg verweist auf seine Aussage vom vorigen Freitag und verliert sie nochmals.

Er erklärt dann weiter, die Antwort der Entente war eine apokryphische Abgabe der Verhandlungsbereitschaft. Auch die nach dem 9. Januar abgegebene Antwort der Entente auf die Friedensnote Wilsons hat in mir nicht die Ueberzeugung hervorgerufen, daß ich am 9. Januar Unrecht gesagt hätte, wenn ich bei meiner Haltung davon ausging, daß ich eine Verhandlungsbereitschaft der Entente in absehbarer Zeit nicht vorführen könnte. Ich wüßte nicht, was ich meinen Ausführungen vom Freitag noch hinzuzufügen sollte. Ich habe ein Wort gebraucht, daß ich den Beschluß für einen verhängnisvollen gehalten hätte. Es hing ein ungeheures Verhängnis über diesem Beschluß, das mußte jedem Menschen klar sein.

Denn wenn nun der U-Bootkrieg nicht glückt, so mußte es das Verhängnis Deutschlands sein. Aber ich wiederhole: Der U-Bootkrieg blieb ein Experiment. Die Ästen darüber sind noch nicht abgeschlossen, wie weit die Wirkungen des U-Bootkrieges tatsächlich gerichtet haben. Wir werden das erst später aus den Akten der Entente hören.

Ich habe den Eindruck, daß die Wirkungen weltreichende gewesen sind (Bewegung). Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß im Mai, Juni die Besorgnisse in England vor den Wirkungen des U-Bootkrieges außerordentlich stark gewesen sind, und ich bin überzeugt, wir werden weitere Nachrichten im Laufe der Zeit von der Entente bekommen. Wenn ich diese Behauptung aufstelle, so möchte ich daran erinnern, daß um jene Zeit Lloyd George in Paris befohle Auftritte getan hat. Schiffe, Schiffe werden gefordert. Im Anfange des Krieges waren es die silbernen Augen, die den Krieg gewinnen sollten, jetzt sind es die Schiffe. Wenn in England der leitende Staatsmann und Lloyd George ein solches Wort in Paris ausspricht, so war das nicht unbedeutend, so warf das ein scharfes Licht auf die tatsächliche Situation.

Also zusammenfassend: Ich wüßte nicht, durch welche Feststellung ich die Zwangslage, in die der 9. Januar nicht nur die politische Leitung, sondern auch die militärische gestellt hat, ergänzen sollte. Es lag damals vor die Ueberzeugung der militärischen Stellen: ohne den rücksichtslosen U-Bootkrieg können wir den Krieg nicht zu einem guten Ende führen!

Für mich lag die Ueberzeugung vor: Ich kann nicht in Aussicht stellen, daß ich den Krieg in anderer Weise beenden werde. (Mit erheblicher Stimme): Da mußte etwas geschehen! Da mußte eine Entscheidung gefällt werden. Gegenüber der Haltung der Mehrheit des Parlamentes, gegenüber einer vom christlichen Glauben getragenen Ueberzeugung der weitesten Volksschichten, daß die Unterlassung des U-Bootkrieges bedeuten würde, die Zukunft der Nation dem Scheitern zu opfern, in dieser Lage — und ich bin noch heute der Ansicht, daß ich richtig gehandelt habe — habe ich gesagt:

Euer Majestät, ich kann Ihnen nicht raten, sich in Widerspruch mit dem Votum Ihrer militärischen Ratgeber zu setzen.

Ein Geschehen meiner Person würde an der Sache nichts geändert haben.

Vorsitzender Warmuth: Die Ansicht Euer Exzellenz über die Bewertung der Antwortnote auf unser Friedensangebot wurde nicht durchweg geteilt. Zum Beispiel Kaiser Karl und Graf Czernin haben auf dem Standpunkt gestanden, die Antwort der Entente sei zu einem experimentellen Ton gehalten, sie schließe aber die Fortsetzung der Verhandlungen nicht aus.

Bethmann Hollweg: Es war meine Ansicht, daß die Friedensnote angekündigt worden sei, und diese Ansicht wurde von weiten Schichten des deutschen Volkes bis in die Sozialdemokratie hinein geteilt. So sagte Herr Scheidemann etwa: Die Entente ist es gewesen mit ihrer Antwort auf unser Friedensangebot, die uns zum rücksichtslosen U-Bootkrieg gezwungen hat.

Abg. Dr. Singheimer: Hatte die große Masse des Volkes und die sozialdemokratische Partei Kenntnis davon, daß zu derselben Zeit Wilson sich bereit erklärt hatte, die Friedenskonferenz zustande zu bringen, und daß er bereits zweimal gebeten habe, ihm die Friedensbedingungen wenigstens vertraulich mitzuteilen?

Bethmann Hollweg: In seiner Gesamtheit hatte das Volk natürlich keine Kenntnis von unseren Aktionen in Washington. Es wäre auch die größte politische Unklugheit von mir gewesen, denn bei der Annäherung gegen Amerika wären diese Aufklärungen Gegenstand der Verachtung und des Hasses geworden. Die erste entscheidende Bestimmung von Wilson, daß er nun an die Friedensarbeit gehen wolle, ist uns erst durch eine Depesche Bernstorffs am 9. Januar mitgeteilt worden. Da war es eben zu spät; wäre es früher geschehen, dann hätte vielleicht noch etwas gemacht werden können. Wenn Gerard in seinem Buche sagt, er hätte bereits Anfang Januar Kenntnis davon gehabt, daß wir den rücksichtslosen U-Bootkrieg machen würden, so meine ich, daß es sehr wohl möglich sein kann, sich selbst täuschen zu lassen. Der Präsident Wilson selbst hat sofort davon unterrichtet, daß wir den U-Bootkrieg beschlossen haben.

Dr. Singheimer verliest sodann auf Wunsch des Herrn v. Bethmann den Wortlaut des Depeschwechsels über die Vorlegung der Friedensbedingungen an Wilson, und fragt, ob nicht auf Grund dieser Mitteilungen es möglich gewesen wäre, noch den Versuch zu machen, auf anderem Wege als mit Hilfe des U-Bootkrieges zum Frieden zu gelangen.

Bethmann Hollweg: Das ist eine Frage, die ich in meinen bisherigen Aussagen bereits mehrfach beantwortet habe. Ich hatte die Ueberzeugung, daß Wilson Frieden machen wolle, für mich ist aber entscheidend die Kollektionnote der Entente vom 19. Februar gewesen. Diese hat mir die Aussicht geraubt, in absehbarer Zeit eine Friedensbereitschaft der Entente zu erwarten.

Abg. Dr. Singheimer: Die Frage ist noch nicht beantwortet worden, ob die Oberste Heeresleitung von diesen Mitteilungen des Grafen Bernstorff Kenntnis gehabt hat.

Bethmann Hollweg: Mein Gedächtnis reicht nicht aus, um alles sagen zu können, was in den dem Untersuchungsaußenrat im übrigen vorliegenden Akten enthalten ist.

Abg. Dr. Singheimer: Die Oberste Heeresleitung behauptet dies.

Bethmann Hollweg: Ueber die Behauptungen der Obersten Heeresleitung kann ich keine Aussagen machen.

Abg. Dr. Singheimer: Ist nicht von anderer Seite die Möglichkeit offen gewesen, zum Frieden zu gelangen?

Bethmann Hollweg: Jedes Wort der Kollektionnote hätte mich in meinem Innern lägen gelockt, hätte ich am 9. Januar eine andere Stellung eingenommen, als ich sie eingenommen habe.

Abg. Dr. Singheimer: Dann waren Sie also für den U-Bootkrieg?

Bethmann Hollweg: Bitte mich nicht zu zwingen, nun nochmals hier sprechen zu müssen über Dinge, über die ich bereits formulierte Antworten gegeben habe, da ich Gefahr laufe, Behauptungen zu tun, die zur Konstruktion eines Widerspruchs benutzt werden könnten. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Warmuth: Bitte alle Behauptungen der Zustimmung oder des Mißfallens zu unterlassen.

Bethmann Hollweg: Es hat mir natürlich ferngelegen, irgendwelche Vorwürfe hier zu erheben. Ich wollte nur dem Ausschuss vorführen, in welcher peinliche Lage ich gebracht werde, ich laufe Gefahr, daß mir Vorwürfe gemacht werden, ich hätte es mit meinem Eide nicht genau genommen. Ich wäre wirklich außerordentlich dankbar, wenn hier nicht Fragen wiederholt würden, bis ich bereits ausführlich dazugehen versucht habe. Ob die

Oberste Heeresleitung von den Bernstorffschen Depeschen Kenntnis erhalten hat, muß aus den Akten hervorgehen. Heute noch drei Nächte bin ich wirklich nicht instande, unter Eid eine bestimmte Aussage zu machen. Ich weiß, daß von der Obersten Heeresleitung die Ansicht vertreten worden ist, sie sei über die Friedensaktion in Washington nicht genau informiert worden. Andererseits liegt eine Depesche des Generals Ludendorff vor, er wolle nicht drängen, er wolle die Friedensaktion Wilsons nicht hindern. Das beweist doch, daß er Kenntnis von diesen Dingen gehabt hat. Ich bin der Ansicht gewesen, daß ein anderer Ausweg nicht möglich sei, daran ändert nichts, daß Kaiser Karl und Graf Czernin die Kollektionnote vom 19. Dezember anders ausgefaßt haben als ich.

Abg. Dr. Singheimer: Dem Untersuchungsaußenrat liegt nicht daran, Sie in Widersprüche zu verwickeln. Ich gebe zu, daß Sie die erforderliche Antwort gegeben haben. Nun hat am 8. oder 9. Januar Staatssekretär Helfferich Ihnen telegraphiert, daß die Eröffnung des U-Bootkrieges am 1. Februar schädlich sei, wirtschaftlich würde England nicht bedrängt, da durch die Exportation in Amerika England auch bei einer großen Zahl von Versenkungen genügendes Getreide geliefert werden könne. Haben Sie auf dieses Telegramm in Ihrem alsbaldigen Vortrag beim Kaiser Bezug genommen?

Bethmann Hollweg: Ich habe dieses Telegramm nicht unmittelbar verwertet, weil der Vortrag beim Kaiser bereits am 9. Januar abends stattgefunden hat. Der Oberste Heeresleitung lag die bestimmte Ansicht der Marine vor, daß der U-Bootkrieg am 1. Februar beginnen müsse. Der Einwand Helfferichs entbehrte der durchschlagenden Kraft.

Abg. Dr. Singheimer: Staatssekretär Helfferich galt doch als eine Autorität auf wirtschaftlichem Gebiete; lag es nicht nahe, daraufhin weitere Autoritäten zu befragen, um seine Berechnungen nachzuprüfen?

Vorsitzender Warmuth: Ihre Ansicht war also, daß der U-Bootkrieg die ultima ratio war, da für Verhandlungen die Tür zugeschlagen sei?

Abg. Dr. Singheimer: Mir kommt es darauf an, festzustellen, für welches Gebiet die Wirkung des U-Bootkrieges ausschlaggebend war, für die Versenkungen, für die wirtschaftliche oder politische Wirkung.

Bethmann Hollweg: Dies sind gewiß wichtige und interessante Punkte. Ich bitte die Herren, zu erwägen, vor welcher Entscheidung ich stand, wenn die Oberste Heeresleitung sagte, sie sei der innersten Ueberzeugung, daß der Krieg ohne rücksichtslosen U-Bootkrieg verloren gehe, und wenn der Reichszentraler dem nicht entgegenhalten kann, er habe eine Möglichkeit, den Krieg anders als auf den Kriegskapitulationen zu beenden. Da lag eine gewaltige Zwangslage vor, der gegenüber Einwürfe mit statistischen und volkswirtschaftlichen Berechnungen nicht durchschlagend sein konnten. Die großen politischen Fragen, die zur Entscheidung standen, übermachten und überschatteten diese an sich bedeutungslosen Ansichten, in diesem Moment mußten sie vollkommen zurücktreten.

Minister David: Herr v. Bethmann hat sich also in einer Zwangslage befunden gegenüber der Nachstellung der Obersten Heeresleitung und der Marine. Er war der Ueberzeugung, daß der U-Bootkrieg und die Neutralität Amerikas losse und daß wir zum Kriege mit Amerika kommen müßten.

Hätte er nun nicht sich im Parlament eine Mehrheit schaffen können, wenn er seine Meinung vollkommen offen ausgesprochen hätte. Zum mindesten hätte er die Parteiführer über die Situation informieren müssen. Ich bin der Ueberzeugung, wenn das Parlament damals gewußt hätte, daß keine Hoffnung vorhanden sei, die amerikanische Neutralität aufrecht zu erhalten, daß die Parlementsmehrheit fest auf dem Standpunkt gestanden hätte, sein va banque-Spiel einzugehen zu wollen. Die Sozialdemokratie hat in dieser Hinsicht an diesem Standpunkt festgehalten.

Das Parlament unterstellt sich Ludendorff.

Bethmann Hollweg: Eine Zwangslage bestand nicht nur für mich, sondern auch für die Oberste Heeresleitung. Sie war der Auffassung, daß eine siegreiche Beendigung des Krieges auf dem Lande ohne Hingunahme des rücksichtslosen U-Bootkrieges nicht möglich wäre. Auch sie hand also vor einer schweren Entscheidung.

Nun zu der Frage, warum ich das Parlament über die Gefahr des Kriegseintrittes Amerikas nicht unterrichtet habe. Es konnte damals gar kein Zweifel darüber bestehen, daß der U-Bootkrieg Amerika zum Eintritt in den Krieg veranlassen würde. Vielleicht hat im Reichstagsauschuß das eine oder andere Regierungsmitglied die Hoffnung ausgesprochen, es möge gelingen, Amerika neutral zu erhalten. Aber jeder Politiker mußte wissen, daß Amerika früher oder später in den Krieg eingreifen würde. Das wußte auch die Partei des Herrn David aus dem Inhalt unserer Depesche an den Grafen Bernstorff vom 28. Januar, worin der letzte Versuch gemacht wurde, Amerika fernzuhalten. Aber meine Hoffnungen waren gering.

Im übrigen würde ich es kaum für ausschlaggebend gehalten haben, selbst wenn die Mehrheit des Parlamentes gegen den U-Bootkrieg gewesen wäre. Nach Ansicht des Parlamentes selbst hätte die militärische Leitung das letzte Wort zu sprechen. Man möge auch daran denken, welcher Stachel in der Seele des Volkes zurückzuwirken wäre, wenn mit Recht hätte gesagt werden können, daß ein Kriegsmittel nicht verwendet wurde, dessen Verwendung die Mehrheit des Volkes, des Parlamentes, unsere Heerführer und die Marine für richtig hielten.

Minister Dr. David: Gewiß ist diese moralische Seite ein herber, psychologischer Faktor. Es gab aber nur eine Macht, die instande war, ein Gegengewicht zu bieten: die Volkspartei. Wurde sie eingeweiht, dann konnte sie in einem parlamentarischen Staat die Verantwortung übernehmen. Dann konnte man nicht von einem va-banque-Spiel sprechen, das uns in das furchterliche Verderben geführt hat. Gerade hier finde ich eine Unterlassung. Die Hilfe des Parlamentes hätte angerufen werden müssen. Es ist auch nicht richtig, daß jeder Politiker damals gewußt hat, Amerika würde in den Krieg eingreifen. Ich verweise auf die Verhandlungen im Hauptauschuß, die wir am 28. Januar 1917 in diesem Saale geführt haben, und die niemand vergessen wird, der daran teilgenommen hat. Diese Ansicht wurde bekräftigt durch die Ausführungen des Staatssekretärs Jimmernann, der uns die Szene schilderte, die sich zwischen ihm und Gerard bei Ueberreichung der U-Bootnote abgespielt hatte. Da sagte Gerard die Sache gar nicht trübselig ausgefaßt und auf die Frage, wie Wilson sich wohl dazu verhalten werde, gesagt haben: All right! Die Unterredung sei dann ohne besondere Erregung zu Ende gegangen. Wir haben sofort gewarnt, sich so barschlos über die Sache hinwegzusetzen. Auch der Reichszentraler hatte die Hoffnung, daß Amerika aus dem Spiel bleiben werde. Auf meine Partei hat das allerdings nicht gewirkt. Schon die Wahrscheinlichkeit, daß Amerika gegen uns aufzutreten würde, veranlaßte uns, von dem U-Bootkrieg abzurufen. Es gab also Rettungsmöglichkeiten, wenn man das Parlament über den furchtbaren Ernst der Lage reiflich aufgeklärt hätte.

Ministermann: Ich frage Gerard, wie wohl die Aufnahme der Note in Washington sein würde. Er antwortete, er wisse nicht, was in Washington vorgeht. Ich hat ihn darauf, seinen ganzen Einfluß einzusetzen, um eine gute Lösung für uns herbeizuführen. Da antwortete er: Selbstverständlich will ich mein Bestes tun. In diesem Sinne habe ich auch im Hauptauschuß gesprochen.

Bethmann Hollweg: Der Beschluß für den U-Bootkrieg war nicht mehr zu ändern. Da konnte ich doch im Auschuß nicht den Kriegseintritt Amerikas als absolut sicher hinstellen. Eine Unterlassung kann ich nicht anerkennen, denn ich habe stets auf die Gefahr der amerikanischen Kriegsteilnahme hingewiesen. In einem parlamentarischen Staat hätte das Parlament vielleicht das Obium

auf sich nehmen können, aber diese Voraussetzung lag bei uns nicht vor.

Bei uns hatte die Mehrheit des Parlamentes sich damit einverstanden erklärt, daß die Oberste Heeresleitung die Entscheidung zu treffen habe.

Abg. Gothein: Nachdem der unbeschränkte U-Bootkrieg erklärt war, und der Reichstag nichts daran ändern konnte, trat wohl bei einzelnen Parteien der Gedanke hervor, daß man sich hinter die Regierung und die Oberste Heeresleitung stellen sollte. Es war es wenigstens bei der fortschrittlichen Volkspartei.

Bethmann Hollweg: Nach meiner Ansicht war die große Mehrheit der Ueberzeugung, daß die Kollektionnote eine brüske und hoffnungslose Ablehnung unseres Friedensangebotes war. Das kam auch in der Presse zum Ausdruck. Wenn politische Parteien anderer Meinung gewesen wären, so hätten sie das sicher ausgesprochen.

Abg. Gothein: Inzwischen war aber die Wilsonsche Friedensaktion erfolgt, und es bestand nun in weiten Kreisen die Auffassung, daß damit eine neue Lage geschaffen wäre.

Bethmann Hollweg: Auch in den neutralen Ländern war man nicht der Ansicht, daß die Antwort auf die Note Wilsons neue Friedensmöglichkeiten eröffne.

Referent Dr. Singheimer stellt fest, daß in einem Bericht die Ansicht ausgesprochen wird, daß die schärfste Ablehnung deswegen erfolgt sei, um Deutschland zum U-Bootkrieg zu bestimmen und damit das Eingreifen Amerikas zu erzwingen. Was anderen Berichten zufolge die neutralen Staaten das Angebot Deutschlands, weil die Friedensstimmung in den Völkern dadurch gefährdet würde.

Bethmann Hollweg: Das ist eine starke Behauptung meiner Aussage, daß wir mit unserem Angebot auf die Friedensströmungen in den feindlichen Ländern wirken wollten.

Abg. Gothein: Es wurde betont, daß bei den Parteien kein Zweifel bestanden haben könne, daß sich Amerika im Falle des U-Bootkrieges nicht neutral verhalten würde. Im Hauptauschuß wurde erwähnt, daß man leicht in einen Krieg mit Amerika hineinkommen könne und daß man dann nicht wisse, wie man hinauskommen solle. Später wurde dieser Standpunkt verlassen, und man stellte den Eintritt Amerikas in den Krieg als belanglos hin.

Es wurde sogar gesagt, der Eintritt Amerikas sei militärisch gleich Null, Null, Null zu bewerten.

Bethmann Hollweg: Die Bedeutung des U-Bootkrieges ist in verschiedenen Phasen und von den verschiedenen Stellen verschieden eingeschätzt worden. Ich habe ihn vielleicht erster genannt, als andere Stellen. Die Perspektive ist im Hauptauschuß so eingehend erörtert worden, daß sie den Politikern im Reichstage vor Augen liegen mußte.

Der aussichtslose Krieg.

Abg. Gothein: Bereits seit dem Januar 1916 war bei der Obersten Heeresleitung der Standpunkt vorhanden, daß lediglich durch den Landkrieg ein siegreiches Ende des Krieges nicht herbeigeführt werden könnte. Wann ist diese Auffassung zuerst hervorgetreten?

Bethmann Hollweg: Bittel, das durch Vernehmung der Obersten Heeresleitung festzustellen.

Abg. Coehn: Ist Ihnen bekannt, daß bereits im September oder Oktober 1914 von der Obersten Heeresleitung gegenüber der politischen Leitung erklärt wurde, daß der Krieg mit militärischen Mitteln nicht zu beenden sei, daß politische Mittel ergriffen werden müßten? Es handelt sich um die Bilanz des Rückzugs von der Marne nach dem Zusammenbruch des Kriegsplanes.

Bethmann Hollweg: Mir ist so, als ob General von Falkenhayn und auch später die Oberste Heeresleitung den Standpunkt vertreten hat, daß unsere Flotte mit-helfen müsse, damit wir den Krieg zu Ende bringen können. Wenn eine besondere Aktion der Flotte für notwendig gehalten wurde, so würde ein Benehmen mit dem Admiralstab erfolgt sein. Der Umweg über mich wäre auffällig gewesen.

Abg. Coehn: Ich bitte um präzise Auskunft ob die Oberste Heeresleitung schon im September 1914 erklärt hat, daß der Krieg mit militärischen Mitteln nicht zu Ende zu führen sei, besonders unter dem Eindruck nach dem Zusammenbruch an der Marne.

Bethmann Hollweg: Im Augenblick kann ich mich nicht entsinnen, daß im Herbst 1914 die Oberste Heeresleitung mit solchen Behauptungen an mich herangerufen ist.

Abg. Schilling: Herr von Bethmann Hollweg hat von der Zwangslage gesprochen, in der er sich am 9. Januar befand. Es sei die Alternative gewesen, entweder den Krieg als verloren auszugeben oder das Experiment des unbeschränkten U-Bootkrieges zu machen. Ich kann mir nur denken, daß zwei Auffassungen bestanden: nämlich die eine, daß dieses Experiment, wenn es auch nur wenige Prozent Wahrscheinlichkeit in sich birgt, gemacht werden müsse, da die Ehre es erfordert, ehe wir den Krieg beenden geben. Und die andere Auffassung, daß angesichts der ungeheuren Not, die aus dem Mißlingen des Experimentes hervorgehen muß, es nur gemacht werden darf, wenn es nach menschlicher Berechnung mindestens 50 Prozent Wahrscheinlichkeit des Gelingens für sich hat. Darüber mußten alle Sachverständigen nachgedacht werden. Hat Herr v. Bethmann Hollweg mehr auf den Ehrenstandpunkt gestanden oder auf dem technischen?

Bethmann Hollweg: Ich habe auf diesem Ehrenstandpunkt wohl nicht gestanden. Die Alternative konnte ich auch nicht so auffassen, daß wenn der U-Bootkrieg nicht beschlossen wurde, sofort eine Kapitulation erfolgen mußte. So lagen die Dinge weder nach der militärischen noch nach der politischen Seite.

Abg. Heise: Was ist geschehen, um dieses äußerste Kampfmittel so schnell wie möglich zu machen? Tirpitz hat doch gerade negativ gewirkt, und erst nach seinem Abgang hat Bethmann Hollweg den ersten größeren U-Bootauftrag gegeben.

Bethmann Hollweg: Die Chancen des U-Bootkrieges waren Anfang 1917 natürlich viel größer als Mitte 1916. Die Zahl der U-Boote war beträchtlich gestiegen.

Abg. Dr. Singheimer: Der Admiralstab hatte die Denkschrift wissenschaftlich zu beweisen gesucht, daß der unbeschränkte U-Bootkrieg England in fünf Monaten zum Frieden zwingen würde. Diese Denkschriften sind zur Kenntnis der Öffentlichkeit gekommen und haben

für die Schaffung einer U-Bootsynapse

die größte Rolle gespielt.

Bethmann Hollweg: Darüber kann ich im einzelnen nicht Auskunft geben.

Abg. Dr. Singheimer: Sie haben in schärfster Weise gegen die Veröffentlichung dieser Denkschrift Stellung genommen.

Vorsitzender Abg. Warmuth: In der Depesche an Wilson ist davon die Rede, daß es technisch unmöglich sei, die einmal ausgelassenen U-Boote zurückzurufen. Von wem kommen die Unterlagen für diese Angabe?

Bethmann Hollweg: Diese Mitteilung wurde von Admiral v. Saldendorff im Großen Hauptquartier gemacht.

Für den Schluß der Sitzung wird, da wiederum Angelegenheiten einer neutralen Macht zur Verhandlung kommen, die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag vormittag 10 Uhr statt. Bernommen werden sollen Admiral Koch und Dr. Helfferich.

Wiedereröffnung des Fernsprecherkehrs. Wie amtlich gemeldet wird, wird am 10. November der Fernsprecherkehr mit der Schweiz wieder aufgenommen werden. Ueber die Gebühren geben die Fernsprechanstalten auf Verlangen Auskunft.

Gewerkschaftliches.

Gegen Verlängerung der Arbeitszeit im Bankgewerbe.

Die Bestrebungen für Verlängerung der Arbeitszeit im Bankgewerbe kommen nicht zur Ruhe. Nachdem die Vorse von der Verlängerung der Vorkassezeit Abstand genommen hat, stellt der Verein der Berliner Bankleitungen an den Berliner Kassensverein das Ersuchen, als Ersatz für den vom Berliner Kassensverein vorgeschlagenen Ausfall der Frühankunftzeit (Späteinlieferung bis 6 Uhr abends einzuführen). Diese Maßnahme würde die durchgehende Arbeitszeit im Bankgewerbe wieder beseitigen. Die Kommittee sind fest entschlossen, sich diese Erzungenschaft der Revolution im Bankgewerbe nicht nehmen zu lassen. Am gestrigen Montag fanden bereits Sitzungen der Zentralen der Angestellten-ausschüsse und des Allgemeinen Verbandes der Bankbeamten statt, die den äußersten Widerstand gegen die geplante Maßnahme beschlossen haben.

Zum Streit in den Schuhwarenhäusern!

Mit der größten Eile und Verbrissenheit arbeiten die Herren Arbeitgeber im Schuhwarenhandel gegen ihre streikenden Angestellten. Die verwerflichsten und unmoralischsten Mittel sind ihnen recht, um zum Ziele zu gelangen, d. h. das Personal in das alte Joch zurückzubringen. Nachdem diese Herren im Hause gelehrt haben, daß auch die kaufmännischen Angestellten sich als Menschen fühlen, hängen sie ihnen den Drosselord höher. Nach geheimer Verabredung gehen sie mit Kündigungen und Entlassungen gegen das im Auslande befindliche Personal vor, um es zum Verräter an ihren Kollegen zu machen. Herr Wolff von der Firma H. Dorndorf und Herr Bey von der Firma Salamander Schuhgesellschaft u. s. d. gehen aufs ganze. Die Schuhmannschaft wurde gegen die Angestellten mobil gemacht. Streikposten wurden verhaftet und in den Gefängnissen gehalten, der Gefahr ausgesetzt, mit Straßenmädchen in Berührung zu kommen. Streikposten wurden vertrieben, und das alles zu Ruh und Frommen des heiligen Profits. Die Herren Millionäre stehen auf der Straße und werden zu Volksheldern gegen ihre hungernden Angestellten. Arbeiter, Proletarierbrüder, so behandelt man diejenigen, die sich mit euch eins fühlen. Eure Feindungen beschimpft man als Ausschüßler. Werft euch das und unterstützt die um ihre Menschenrechte kämpfenden Streikenden.

Achtung! Musikinstrumentenarbeiter!

Nachdem die Absperrung bei der Firma Späthe in Vera (Neuh) beendet ist, erklären wir die Sperre für den Berliner Bezirk der Firma Späthe für aufgehoben.

Die Branchenleitung.

Anschluß an den Zentralverband.

Der Verein für Privathandelslehrer und -Lehrerinnen hat in einer äußerst zahlreich besuchter Versammlung den Anschluß an den Zentralverband der Angestellten beschlossen und wird in Zukunft als besondere Sektion innerhalb des Zentralverbandes geführt werden.

Zum Streit im Eisenhandel ist zu berichten, daß am 5. November im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Herrn Dr. R. Weigert ein Schlichtungsausschuss gelangt hat. Der einstimmig vom Schlichtungsausschuss gemachte Vermittlungsvorschlag wurde von beiden Parteien dahingehend angenommen, daß die anwesenden Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich verpflichten, in ihren Mitgliederversammlungen für diesen Vorschlag einzutreten. Die entscheidenden Versammlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer finden im Laufe des 6. November statt.

Die Arbeiter beschäftigen sich in einer Versammlung am 2. November mit der Wahl der Delegierten zum Verbandstag. Es waren vorgeschlagen als Delegierte und erhielten Stimmen: Ruffert 200, Klingbeil-Stein 222, Ritsche 197, Gutschmidt 155, Ehrlich 153, Goertz 143, Holz-nagel 96, Joh. Schulz 88, Neubürger 81, Neumann 81, Rupp 23. Die ersten sechs sind somit gewählt. Unter „Verschiedenes“ forderte Ruffert die Kollegen auf, nun endlich einmal die bürgerlichen Zeitungen aus dem Hause zu schaffen und dafür die Arbeiterpresse zu lesen. Da könne für jeden nur die „Freiheit“ in Frage kommen, da ja der „Vorwärts“ sich wohl noch sozialistisch nennt, es aber schon lange nicht mehr ist. Des weiteren forderte Ruffert den Austritt aus der Landes-feder. Auf Anregung des Vorstandes beschloß die Versammlung, den am Metallarbeiterstreik beteiligten Kollegen eine einmalige Mitgliedsbeiträge in Höhe von 50 M. zu gewähren. Die Kosten dafür sollen durch einen einmaligen Beitrag der in Arbeit stehenden Kollegen in Höhe von 1 M. aufgebracht werden.

Achtung, Funktionäre der Opposition des Deutschen Trans-portarbeiterverbandes! Sonnabend nachmittags 5 Uhr in Heinrichs Kaffeehaus, Große Frankfurter Str. 30, außerordentliche wichtige Besprechungen obgenannter Funktionäre. Zahlreiches Erscheinen ist jedes einzelnen Pflicht. Mitgliedsbuch der U.S.P.D. und A.P.D. legitimiert!

Aus der Partei.

Landeskonferenz der U. S. P. in Württemberg.

Am 25. und 26. Oktober fand in Ehlingen eine außerordentliche Tagung der U. S. P. Württembergs statt. Die rasche, fast sprunghafte Entwicklung der Organisation machte eine Aus-sprache über deren zweckmäßigste Ausgestaltung notwendig. Außerdem beschäftigte sich die Konferenz mit der Stellungnahme zum Parteitag in Leipzig. Das Referat über die politische Lage hielt die Genossin Luise Bieh. Beim ersten Punkt: Organisation und Agitation gab der Vorsitzende der Landesorganisation, Genosse Engelhardt, ein Bild der unaufhaltsamen Entwicklung seit den Revolutions-tagen. Im November 1918 bestanden 8 Ortsvereine mit etwa 2000 Mitgliedern. Heute sind es 135 Ortsvereine mit rund 15 000 Mitgliedern. Die Entwicklung und die politischen Kämpfe brachten ganz von selbst eine Umgruppierung mit sich. An Stelle der alten Wahlkreisevereine, die aus wahl-technischen Gründen entstanden, bildeten sich Industriekreisevereine, die den Massenaktionen des industriellen Proletariats entsprechen. Eine Entschärfung nach der Richtung wurde nicht gefühlt. Die organische Entwicklung soll ganz von selbst die praktischste Organisationsform finden. Beschlossen wurde, einen weiteren Sekretär für Agi-tation und Bildung anzustellen.

Mit überwältigender Mehrheit wurde einem Antrag an den Parteitag in Leipzig zugestimmt, der verlangt, daß sich die U. S. P. an die dritte Internationale anzuschließen habe.

Eine weitere Entschärfung protestiert gegen die Ver-haftungen revolutionärer Arbeiter, die neuerdings in Württemberg, besonders in Stuttgart, in größerem Umfange vorgenommen wurden.

Eine neue Tageszeitung.

Unsere Stelliner Genossen verfügen seit dem 1. November über eine eigene Tageszeitung. Bisher erschien ihr Blatt, „Der Kämpfer“, im bescheidenen Umfange wöchentlich ein-mal. Daß nach einem halben Jahr das Wochenblatt zu einer Tageszeitung umgebaut werden konnte, beweist, wie stark unsere Partei jetzt auch an der Wasserfront wurzelt.

Groß-Berlin.

Vorsicht bei Auswahl einer Lehrstelle.

Die Warnung sollte besonders von den Eltern heftigst werden. Die ihre Söhne der Metallindustrie zuführen wollen. Besonders beim Unterzeichnen des Lehrvertrages prüfe man den-selben sorgfältig für Abzug und vergewissere sich, ob in dem betreffen-den Betriebe das angegebene Handgeld auch zu erlernen ist. Von den Betriebsinhabern wird oft viel versprochen, aber häufig nicht gehalten. Ueberhaupt sollte man bei der Wahl der Betriebsart äußerst vorsichtig sein. In einem Betriebe, in dem nur handwirtschafliche Maschinen zum Fleischhaken, Schrotmaschinen, Geschübe und Teile hergestellt werden, kann von dem Erlernen der Maschinenführerschaft kaum gesprochen werden. Bezüglich liegt es, wenn man den Beruf eines Werkzeugmachers in einer Schraubenfabrik oder in einem Betriebe für Maschinenherstellung von Schneidwerkzeug erlernen will. Was in solchen Betrieben zu erlernen ist, kann bei gutem Willen und richtiger Anordnung des Lehrganges in 2 1/2 Jahren bequem erlernt werden; muß jedoch der Lehrling fleißig oder laienweise zur Maschinenfabrikation bei-tragen, dann ist er nach vier Jahren auch noch ein Stümper. Auch in Betrieben der mechanischen Werkstätten und der Beleuchtungs-industrie ist verhältnismäßig derselbe Zustand anzutreffen, meistens aber da, wo verhältnismäßig doppelt soviel Lehrlinge als Gehilfen beschäftigt werden. Ja, Betriebe mit 2 bis 3 Gehilfen und 10 bis 20 Lehrlingen sind durchaus nicht so selten, daß es den Inhabern solcher Betriebe nur darauf ankommt, billige jugendliche Arbeiter zu haben, leuchtet leider nur wenigen der Eltern ein. Um den Sohn unterzubringen, werden oft die schändlichsten Bedingungen in den Lehrverträgen unterschrieben. U. a. gibt es immer noch Eltern, die Hunderte von Mark an Lehrgeld zahlen, das Organisationsrecht der Jugend preisgeben, das Rücktrittsrecht dem Lehrherrn überlassen und bei wöchentlichen Festgehältern von 3 bis 8 Mark vierjährige Lehrverträge unterschreiben. Und trotz all dieser Erniedrigung ist der angeblich Ausgelernte nichts weiter als ein ungelerner oder allenfalls ein Maschinenarbeiter. Dieses Ergebnis ist ohne Reue zu erlangen und bei höherem Verdienst leichter zu erreichen, aber das Bestreben mancher Eltern, den Sohn absolut Mechaniker, Werkzeugmacher oder Maschinenbauer werden zu lassen und der starke Andrang zu diesen Berufen treibt dann zu den angebotenen Ausbilden der Lehrbedingungen.

Dabei ist die Arbeitslosigkeit der erwachsenen Arbeiter in diesen Berufen infolge der Kriegswirkungen besonders hoch und überträgt im Durchschnitt weit die anderen Berufe der Metall-industrie und speziell in Berlin. Jungausgelernte, arbeitslose Mechaniker, Werkzeugmacher, Dreher und Maschinenführer beklagen monatlang die Arbeitslosigkeit, um schließlich, nach er-giebiger Bemühung um Arbeit, müde dem gelernten Berufe zu entsagen. Das sollten die Eltern bedenken und nicht wahllos ihre Söhne Berufen zuführen, in denen lange Arbeitslosigkeit durch Ueberfüllung und Kriegsfolgen zu bezichtigen ist.

Will man wissen, was in einem Betriebe zu erlernen ist, so frage man die Vertreter der Arbeiterkassen des Betriebes oder wende sich an die zentralen Organisation um Rat. Von sach-verständigen Gehilfen der Metallindustrie wird den Eltern emp-fohlen, ihre Söhne nicht da in die Lehre zu geben, wo es an sach-gemäher Ausbildung mangelt oder diese durch zu reichliche Ver-leihung gefährdet wird. Ferner ist das Zahlen von Lehrgeld durch die Eltern zu unterlassen, die dreijährige Lehrzeit zu be-achten und der Teuerung entsprechendes Gehalt zu fordern.

Weitere Auskunft in dieser Beziehung erteilt die Jugend-kommission des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin R. 54, Linienstraße 83/85.

In das Jungproletariat von Groß-Berlin!

In schwerer Zeit gehen wir an den Aufbau unserer Organi-sation. Eine ungeheure Arbeit lastet auf uns. Zunächst gilt es, unsere Organisation, die von der Proletarierjugend geschaffen werden muß, nach innen und außen zu festigen.

Zu diesem Zweck haben wir für den 12. November eine Mit-gliederbesprechung von Groß-Berlin anberaumt, zu der sämtliche auf unserem Boden lebende Jugendgenossen ein-geladen sind. Um ein gedeihliches Arbeiten zustande zu bringen, haben wir uns entschlossen, unsere Mitglieder für diese Versam-mlung zu legitimieren. Zum Zwecke der Zustellung der Ausweis-karten bitten wir die Jugendgenossen, die auf dem Boden der Weimarer Opposition stehen, sich an die untenstehenden Adressen zu wenden.

Akted Platau, R. 20, Wriegerer Str. 7.
Ernst Lautant, R. 39, Nordufer 11.

Anrufen vor der Kohlenverteilungsstelle.

In den gestrigen ersten Nachmittagsstunden ist es vor den Mauern der Kohlenverteilungsstelle in der Spandauer Straße zu Anrufen gekommen. Auf der Straße hatten sich etwa 400 bis 500 Menschen angehäuft, die bereits mehrere Stunden auf der Straße harrten, ohne daß die Beamten der Kohlenstelle für eine Unterbringung der Wartenden innerhalb des Gebäudes Sorge trugen. Schließlich verbreitete sich das Gerücht, daß die Kohlen-stelle bald Schluß machen werde und daß die auf der Straße Stehenden nicht mehr abgefertigt werden könnten. Darauf erhob sich ein furchtbarer Lärm und die Betenden versuchten, mit Gewalt in das Gebäude einzudringen. Da das Tor vom Förstner geschlossen wurde, machten die erbitterten Frauen und Männer ihrem Unmut in energischer Weise Luft. Bei dem allgemeinen Gedränge wurde schließlich die Schaufensterheide eines neben der Kohlenstelle befindlichen Geschäftes zertrümmert. Die Kohlen-stelle rief nun eine Patrouille der Sicherheitspolizei zu Hilfe, welche für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen sollte. Es gelang den Polizeibeamten, den Wartenden vernünftig zuzureden, doch war der Schrei über die „Revolution“ vor der Kohlenstelle den dort beschäftigten Angestellten bezart in die Ohren gefahren.

daß der Geschäftsbetrieb plötzlich verwickelt und alle auf der Straße Wartenden innerhalb einer Stunde abgefertigt werden konnten. — Warum ging es denn nun?

Ausgebliebene Kindertransporte. Die für den 6. und 7. No-ember aus Danemark abfertigten Kindertransporte können wegen der Zugsperrung an diesen Tagen nicht ankommen. Mitteilung er-folgt noch durch M. Demming, Vogthagen Str. 114.

Zur Kirchenaustrittsbewegung. Am 27. Oktober fand in Wittenau eine stark besuchte Versammlung statt, in der Ge-nosse Adolf Hoffmann über den evangelischen und katho-lischen Religionsunterricht in der Schule sprach, wobei er auf den verderblichen Einfluß dieses Unterrichts auf die Entwicklung der Jugend zum selbständigen Denken und Handeln hinwies. Der Erfolg dieser Versammlung war, daß innerhalb dreier Tage 274 Personen ihren Austritt aus der Landeskirche erklärten und 100 Befreiungsgesuche vom Religionsunterricht eingereicht wurden. Für die Ostern stattfindende Jugendweihle am Ort liegen bereits 15 Anmeldungen vor.

In die Lehrer und Lehrerinnen aller Grade richtet der Bund einschärfender Schulreformer die Aufforderung, recht zahlreich und recht bald von der Möglichkeit der Einsparungen in die Personalstellen Gebrauch zu machen, weil ein nicht aus-gemessenes Recht illusorisch wird. Jeder, auch wer nie einen Non-sens mit der Beschränkung gehabt hat, sollte sich davon überzeugen, daß seine Personalkosten ordnungsmäßig geführt sind oder, falls er unerwartete Enttarnungen erweist, solche Sorgen tragen, daß sie gestrichen werden und daß in Zukunft jedem Vorgesetzten die Lust vergeht, nicht völlig objektive Enttarnungen vorzunehmen.

Arbeiterbildungsschule. Der Kursus des Genossen Eichhorn über „Internationale“ findet heute abend 7 Uhr statt. Schullokal Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 5-6.

Mittelschule der Groß-Berliner Arbeiterkassen. Der Kursus in Englisch des Genossen Beer, der am Sonnabend ausfallen mußte, wird am Mittwoch abend 7 Uhr im Zimmer 29 nachgeholt. Am Donnerstag 7 Uhr beginnt ein Kursus über Geometrie im Zimmer 34. Lehrer: Genosse Bier. Der Kursus in Mathematik (Algebra) des Genossen Feige beginnt am Sonnabend nicht um 8 Uhr, sondern um 6 Uhr im Zimmer 24.

Oberflächenweibe. Donnerstag abend 8 Uhr in der Aula des Real-Gymnasiums Sitzung der Gemeindevertretung. Wichtige Tagesordnung, u. a.: Beschlußfassung über das Fortbestehen des Arbeiterrates.

Die gestohlenen Autos der englischen Kontrollkommission sind schon wieder herbeigeführt worden. Eine aufgenommene Spur endete in Neukölln in einem Sackshuppen, und hier entdeckten Be-ammte von der Militärpolizei die Wagen, die von den Dieben in dem Schuppen einstweilen untergestellt worden waren.

Eine schwarze Ledertasche ist irrtümlicherweise aus einer Sitzung am Donnerstag, den 30. Oktober, im Reichsarbeitsamt, Luisenstr. 23/24, mitgenommen worden. Wichtigere Briefen und Notizen wegen wird gebeten, die Tasche beim Verband der Fabrikarbeiter, Engelsufer 15, Aufgang C, 1 Treppe, abzugeben.

Tropen-Baumshulenkongress. Der Kommunisten-Arbeiterrat hält für die Beobachtung noch wie vor seine Sprechstunden ab. In Tropen-Baumshulenkongress, Grünstraße 48, nachm. 4-8 Uhr; in Baumshulenkongress: Genosse Kempert, Baumshulenkongress 78 II von 5-7 Uhr.

Lebensmittellisten.

Neubüch. Kucherkostung von Lebensmittellisten. Zur besse-ren Uebersicht über das Kartenmaterial gibt der Flugrat bekannt, daß nur noch folgende Kartenarten für die Entnahme von Lebens-mitteln in Frage kommen: Brothorten, Fleischorten, Fettorten, Kar-toffel- und Kartoffel-Sonderorten, Zuckersorten und Zuckergul-sorten, für Kinder, Einfuhr-Zusatzorten mit den Abschnitten A, B bis W, D und R, H, I, J, K, L, Lebensmittellisten mit den Abschnitten 67-99, 101-114 und 1-24. Warenbegleicharten (rot) mit den Ab-schnitten 205-248, Haushaltsgleicharten mit den Abschnitten 2-9, Ausfuhrorten, Pferdefleischorten, Lebensmittellisten für Jugendliche im Alter von 7-17 Jahren. — Dagegen sind die älteren Lebens-mittellisten bis zum Abschnitt 66, die gelben Haushaltsgleicharten im Abschnitten H-S, die (blau) Warenbegleicharten mit den Ab-schnitten 161-204 und frühere und schließlich die Abschnitte A 5 und R 12 der älteren Einfuhr-Zusatzorten bereits verbraucht bzw. un-gültig und können vernichtet werden. Aufgabewachen sind jedoch noch die Sektorten.

Spandau. Am Sonnabend beginnt der Verkauf der städtischen Margarine auf Abschnitt 3 100 Gramm. Vom 10. November ab ist der Preis für Butter im Kleinhandel 10 M. für 1. Güte, 1.20 M. für 2. Güte.

Friedhofseide. 250 Gramm ausländisches Kinder-Gefrierfleisch zum Preise von 4,75 Mark für ein Pfund.

Beiten. Bei Fleischermester Schulz, Röhlenstraße, 50 Gramm Zoig.

Aus den Organisationen.

8. Distrikt. Heute Donnerstag abend 7 Uhr Fortsetzung unserer verlegten Mitgliederbesprechung in der Schulaula Kochstr. 9. Mit-gliedsbuch vorlegen.

11. Distrikt. Donnerstag abend 7 Uhr bei Köhler, Tischstr. 24, Frauenversammlung. Tagesordnung: 1. Die Frauenkonferenz. Re-ferent: Genossin Kemlich. 2. Auffstellung der Kandidatinnen.

Distrikt Weidenbaum-Roch. Diejenigen Ortsgruppen welche das Referat von der Wahl der Delegierten zum Parteitag noch nicht einge-ant haben, werden hiermit aufgefordert, am 27. 11. 1919 an den Genossen Paul Schindler, Berlin-Friedrichshagen, Berliner Straße 122, einzutreten.

Telzow-Bezirk. Der Rätekursus für Königs-Wusterhausen muß noch vertagt werden. Näheres demnächst.

Charlottenburg. Freitag beginnt der Kursus des Genossen Dr. Ebnemann in der Gedickstraße 32. 6-7 Uhr Deutsch als Sprache, Schreibe- und Denkbücher, 7-8 1/2 Uhr Geschichte des Sozialismus.

Brig-Bezirk. Freitag abend 7 Uhr engere Parteibeschließung, dazu Spekt. Kommission und die Bezirksführer des Reiches, Johannstr. 33, Sonnabend, den 6. November, abend 7 Uhr, Funktionärbesprechung bei Walter, Ecks Johannstraße (Köpenick). Sehr wichtige Tagesordnung.

Bildungsausschuss Neubüch. Sonntag, den 9. November, 11 Uhr abend in der Aula Bobbinstraße unter Mitwirkung von Theodor Hach (Königs-Wusterhausen) und Genossen. Vortrag: „Das Licht der Revolution“ von Tolstoj. Eintrittskarten zu 1 M. sind an den bekannten Stellen zu haben.

Wittenau. Freitag nachmittags 4 Uhr Handzettlerbesprechung von den Zettlerkollegen aus.

Talheim. Johannis-Mittwoch, den 12. November, um 8 Uhr, bei Schilling, Köpenick-Brücke-Str. 46.

Mariendorf. Sonnabend abend 8 Uhr in der Aula des Gymna-siums Köpenick-Gesang, Rezitationen, Lektüre. Sonntag vorm. 11 Uhr Volksversammlung bei Groll, Chausseestraße 303. Referent: Genosse Dr. Ebnemann.

Tropen-Baumshulenkongress. Heute abend 7 Uhr allgemeine Mit-gliederbesprechung bei Kubert, Am Tropen-Baumshulenkongress 78 II. Tagesordnung.

Adlershof. Freitag abend 7 1/2 Uhr in der Schulaula der 1. Ge-meindefabrik, Bismarckstraße, Vortrag: „Die Aufgaben der Räte“.

Beiten. Freitag abend 7 1/2 Uhr bei Paulij Öffentliche Versamm-lung. Thema: Räte und Schule in der neuen Verfassung. Referent: Adolf Hoffmann. — Sonntag abend 8 1/2 Uhr bei Paulij, Revolutions-Gedächtnisfeier. Referent: Genossin Krenschke.

Vereinstafelder.

Deutscher Eisenbahnerverband, Bezirk Berlin. Donnerstag abend 7 Uhr Fortsetzung der Debatte der Funktionärwahl vom 4. November im Restaurant Fürstenthor, Köpenicker Straße 137.

Am. Söh. Spandau, Präzerei I und II. Donnerstag abend 8 Uhr Zusammenkunft Kadestrasse 6 bei Wiedenburg (Wedding) betr. Rodzählung.

Zentralverband der Metzler. Mitgliederversammlung Freitag abends 7 1/2 Uhr Bezirk Reinickendorf-Wittenau-Tegel bei Vahl.

Reinickendorf, Provinzstraße 113. Bezirk Spandau nachmittags 5 1/2 Uhr im alten Katschell am Markt.

Zentralverband der Angestellten, Sektion der Reichs- und Staatsbehörden. Donnerstag abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Englischen Hof“ Alexanderstraße 27 c.

Zentral-Kranken- und Sterbehilfe der Wagenbauer, Ortsgruppe Tegel. Freitag, den 7. November, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung bei Paul Guffa, Schlipperstraße 61. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Gold- und Silberarbeiter! Heute Donnerstag Branchenversammlung im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45.

Damen- und Strohhutflechter und Arbeiterinnen. Freitag abend 8 Uhr Verammlung Gewerkschaftslokalen Sankt 1.

Freie jug. Jugend, Wedding I: Heute abend 7 1/2 Uhr bei Glöckner, Malpiquestraße 24. Wichtige Tagesordnung.

Arbeiter-Bauvereine „Naturfreunde“, Ortsgruppe Reinickendorf. Donnerstag Generalversammlung. Neuwahlen. Erscheinen aller ist Pflicht.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wietopp, Reinickendorf. Verlagsgegenstände: „Freiheit“, s. B. m. b. H. Berlin. — Druck der Lindenbrüder und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U. S. P. D.

Am Sonntag, den 9. November, vormittags 10 Uhr,

Große öffentliche Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Hammerstraße, Teltower Straße, Reichlicher Hof, Admiralsstraße, Göttaustraße 12, Reichsberger Straße, Echo Forster Straße, Glogauer Straße 12/16, Zentral-Verkehr, Alte Jakobstraße 32, Althoffstraße, Ebener Straße, Concordiastraße, Androssstraße, Braumanns Hof, Roungrstraße 27, Wollweberstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 33, Waldhalla-Theater, Weinbergsweg.

Reichlicher Hof, Pläthensee, Kronen-Beaurel, Alt-Koabit 47/49, Wollweberstraße, Prenzlauer Allee, Neues Gesellschaftshaus, Trepptom, Reinickendorf: Brauerei Rindl, Hermannstraße (großer Saal), Reinickendorf: Stern-Lichtspiele, Hermannstr. 49, Tempelhofer Park, Germaniastraße 4, Mariendorf: Gesellschaftshaus, Chausseestraße 306, Weihensee: Tuchhalle, Viktorienstraße, Lichtenberg: Café Bellevue, Hauptstraße 2.

Wilmersdorf: Aula der Oberrealschule, Essepark Ecke Auguststraße, Friedrichshagen: Konrad's Hof, Friedrichstraße 137, Tegel: Am Trepptom Park 27 bei Wollweber, Schöneberg: Chamisso-Schule, Barbara-Platz, Oberschönweide: Flumengarten, Ostender Straße, Wilmersdorf: Wolfstein, Bismarckstraße 75, Lichtenberg: Kronprinzengarten, Frankfurter Allee 309, Cecilienpark, Rohowstraße, Niederschönhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11, III 1 Uhr.

Hohenschönhausen: Restaurant Branksee 8 1/2 Uhr, Pankow: Breitelstraße 34 bei Lindner, Reinickendorf-Öst: Suderius-Straße, Provinzstraße 77/79, West: Hartmanns Brauerei, Schatzmeierstraße 101/104, Bernau: Classum, Hufstienstraße 1 bei B. Grünwald, Johannishof: Lindenhof, nachmittags 5 Uhr, Vorjohannis, Zehnstraße, Konradstraße, Spandau: Bismarckstraße, Feldstraße 59, Straus: Alte Lohse, Alt-Straus 27, Sonnabend, den 8. November, abends 7 Uhr.

Tagesordnung: Die Revolution und der 9. November.

Referenten: Berger, Breitscheid, Crispin, Fischer, Hebler, Hoffmann, Horn, John, Köhler, Künzler, Küster, Ledebour, Lehmann, Leid, Matzahn, Moses, Oehme, Ostrowski, Preuß, Radtke, Rauch, Ritter, Rosenfeld, Rasch, Sabath, Schent, Schneider, Schuhmacher, Schilling, Siewert, Ulrich, Weisz, Weyl, Zeuner, Zieg, Zimmermann.

Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint in Massen! Macht diese Versammlungen zu mächtigen Kundgebungen zur Ehrung der Toten, der Opfer der Revolution!

Die Geschäftsleitung: J. A.: Hermann Müller.

Zum 9. November

gibt die Verlagsgesellschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H., Schiffbauerdamm 19 eine politisch satyrische Zeitung heraus unter dem Titel

RÜCKWÄRTS

Ausgabe heute! Preis 20 Pfennig Straßenhändlern hoher Rabatt!

Bezirksorganisation Berlin = Stadt U. S. P. D.

Frauen-Mitgliederversammlung

am Freitag, den 7. November, abends 7 Uhr, in den Andreas-Gesellschaften, Andreasstraße 21.

Tagesordnung: 1. Der Parteitag und die Frauenkonferenz, 2. Wahl der Delegierten, 3. Diskussion.

Referentin: Genossin Mathilde Wurm. Die Geschäftsleitung: J. A.: Hermann Müller

Platin

Gramm bis M. 95,-

Quecksilber

Kilo bis M. 55,-

Kupfer

Wältliche Altmetalle

Zahngelisse

3 Einkaufsstellen

Metallschmelze Cohn

Zahngelisse

Platin

M. 95,-

Quecksilber

M. 55,-

Messing

Kupfer

Elektromotoren

Olshewitz 11, Drehstrom

Ingenieurbüro Schilling

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Lindenstraße 82/85.

Geschäftszeit v. vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Branchenversammlung

aller in der Gold- und Silberwaren-Industrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme unserer Branche zur gegenwärtigen Situation, 2. Diskussion. Es ist Pflicht aller in der Branche Beschäftigten, diese äußerst wichtige Versammlung zu besuchen.

Achtung! Schuhmacher! Achtung!

Donnerstag, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (großer Saal)

General-Versammlung

Tagesordnung: 1. Rassen- und Geschäftsbericht, 2. Unsere Lohnbewegungen, 3. Verschleudenes. Wegen der hochwichtigen Tagesordnung muß jeder erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt. NB. Wir werden zu dem am Dienstag, den 11. November im Bernhard-Rose-Theater stattfindenden Vorstellung „Das Gefäß“ aufmachen. Platz 2 Mk. Karten sind im Bureau zu haben. Die Ortsverwaltung.

An das gewerbliche Personal (Lohnempfänger) der Reichs-, Staats- und Heeresverwaltungen!

Transpararbeiter, Konzeptions-, Hausarbeiter, Boten, Pförtner, Wächter, Absperersonal, Ordnungen, Wachmannschaften, Hilfsarbeiterinnen, Reinemachfrauen usw.

Freitag, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (gr. Saal):

Versammlung

Tagesordnung: 1. Berichterstattung über die Tarifverhandlungen mit den Behörden (evtl. Beschäftigung), 2. Organisationsfragen und Verschleudenes.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist eure Pflicht für einen guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen. Bringt die Anwesenheitskarte, bis zumigen mit. Kein Kollege, keine Kollegin darf fehlen! Alle sollen erscheinen!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Die Geschäftsleitung.

Konsum-Genossenschaft

Berlin und Umgegend, e. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergasse, 16-24.

Montag, den 17. November 1919, abends 8 Uhr, in der Berliner Hof-Opern, am Tempelhofer Berg:

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2) des Vorstandes, 3) des Aufsichtsrats, 4. Entlastung des Vorstandes, 5. Genehmigung der Bilanz, 6. Berichtigung des Rechnungsabwands, 7. Wahl von 6 Vorstandsmitgliedern, 8) Wahl von 3 Revisoren.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Eintragungsgenossenschaft mit beschränkter Haftung Der Aufsichtsrat: J. A.: J. Müller.

Der Vorstand: R. Junger, D. Schulte, B. Roman, K. Mirus, U. Müller.

Der Aufsichtsrat kann nur von eintragungsgenossenen Mitgliedern gegen Beteiligung der gesamten Konsumgenossenschaft gewählt werden.

Für Nichtmitglieder kann der Zusatz nicht gebildet werden, da sämtliche Namen für die Mitgliedschaft reserviert gehalten müssen. Es liegt im eigenen Interesse der nicht eintragungsgenossenen Mitglieder, den Weg zum Beitritt lokal nicht erst zu unternehmen.

Die kostenlose Berufsberatung in der Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung

Berlin SW II, Königsgrätzer Str. 26 kann infolge Kohlenmangels im November und Dezember nur werktätlich von 10-1 Uhr stattfinden.

Freiheitleser Neuköllns!

Am 3. November haben wir eine zweite Expedition

in der Emser Straße 32

eröffnet. Zur alten Expedition Neckarstraße 3, gehören die Bezirke 1-9, desgleichen Bezirke 19-20, 23 und 24 und ein Teil des 11. Bezirks links der Kaiserfriedrichstraße. Zur neuen Expedition, Emser Straße 32, gehören der Bezirk 11 rechts der Kaiserfriedrichstraße, sowie die Bezirke 10, 12-18, 21 und 22.

Alle Wünsche, Beschwerden sowie Neubestellungen auf die „Freiheit“ bitten wir nunmehr in der in Frage kommenden Expedition aufzugeben. Wir werden bemüht sein, für eine pünktliche und gewissenhafte Belieferung der Abonnenten Sorge zu tragen.

In beiden Expeditionen werden noch einige organisierte Botenfrauen eingestellt.

Die Expeditoren:

Schindler, Expedition Neckarstraße 3, Krefzer, Emser Straße 32.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Kollegen verstorben sind: Der Schlosser Paul Neufeldt

Ursdomstraße 16 am 2. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. Mts. nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Kirchhofes in Buch aus statt. — Der Metallarbeiter

Hermann Düring

Ratibor Straße 19 am 2. d. Mts. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. Mts. nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmanus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Reges Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser Emil Gierth

Ober-Schönwalde, Wilhelmshofstr. 54, am 31. v. Mts. verstorben ist

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

U. S. P. Lichtberg

I. Viertel, 12. Gruppe.

Nach langem Krankenlager verstarb am 1. 11. 19 unsere wertige Genossin Marie Remnitz

geb. Schmidt.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. 11. nachm. 2 1/2 Uhr in Marzahn statt.

Reges Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Zug fährt 2 1/2 ab Bahnhof Lichtenberg, Friedrichstraße.

Genangverein Nauenthal.

Am 3. Nov. verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Sangesbruder Robert Bonge

im 43. Lebensjahre. Der Verein wird ihm ein dauernd ahrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. Mts. nachm. 13 Uhr, von der Leichenhalle des Jerusalemer Friedhofs, Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Nachmittags 11 Uhr! U. S. P. D. Bezirk-Lichtenberg.

Todesanzeige.

Am Sonntag, d. 2. d. Mts. starb unser Parteigenosse der Schankwirt Georg Kraft

im Alter von 44 Jahren. Die Beerdigung findet am Donnerstag, Nachm. 2 1/2 Uhr auf dem Friedhof Karlsruher Platz.

U. S. P. D. Bezirk-Lichtenberg.

Schreibmaschinen

sichtbare Schrift, gut erhalten. kauft sofort gegen Kasse. Preis, System und Nummer.

Hugo Schroeder, Charlottenburg, Wilmersdorf, 22 Wilm. 4720.

Platina

Gold, Silber höchste Tagespreise. Alte Gelbte bis 1000 Mk. Platinröhre bis 45.- Mk. kauft Hausdorf,

Pallasdenstraße 11, v. II. e. Elektrische Leitungsdrähte Kabel - Litzen Kleinere Dynamosdrähte kauft höchst zahlend Silbermann

Neue Kleinstrasse 32 Fernspr. Alex. 2118

Vor Verkauf von Quecksilber

ausländ. Zehle KON-kurrenzlose Preise. Metallkontor

Alte Jakobstraße 18. Fernspr.: Moritzpl. 12658.

Zahngelisse!

Goldschmelze, Silberschmelze. Platin

Salpetersaures Silber, Quecksilber, sämtliche Metalle kauft höchst zahlend

Silberschmelze Christianat.

Köpenicker Str. 20a (gegen. Mantelstr.)

PLATIN

Gold und Silber in jeder Form höchste Preise

Gebisse Stützähne 3,30 b. 40 M. kauft Linke

Bücherstr. 40, Tel. 1211-12.

Winterpaletot verkauft Theil, Barwalderstraße 59

Ladeneinrichtung verkauft Hahn, Ebinger Str. 51.

Entlassungszettel. Paletot, stroml. Herrengarderobe kauft Ströby, Barwalderstr. 3 (Friedrichshain). Pre 5.- anrabs.

Wohnzimmer,

Schlafzimmer, Speisezimmer, Plans sucht

Bick, Zooskuchplatz 1.

Stand Betten zu verkaufen 250 Mark. Burck, boxagener Straße 35.

Reisende sucht Banko & Co. Handelshaus, Forsterstr. 43 1. Treppe.

Inserate

für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 4 Uhr, Sonnabend bis 7 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein

Politischer Redakteur

gesucht zum 1. Dezember 1919 für eine Tageszeitung der U. S. P. Bewerbungen bis zum 12. November mit Gehaltsansprüchen und Schriftproben an Willi Wolff, Rixdamm 1, Götze, Koenigsplatz 12.